

7 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13.27 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich bitte Sie, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Danke auch an die Klubobleute, dass sie schon so früh zusammengekommen sind und alle Gemeinderatsstücke, die wir en bloc abstimmen können, sich abgestimmt haben. Folgende Tagesordnungspunkte sind einstimmig beschlossen: Der Tagesordnungspunkt 2 in der öffentlichen Sitzung, dann auch der Tagesordnungspunkt 6, Tagesordnungspunkt 9, wissen Sie, ist im Ausschuss abgesetzt worden, Tagesordnungspunkt 10 und 11 sind einstimmig angenommen. Ebenso die Tagesordnungspunkte 13 und 14. Und in den nicht öffentlichen Teil kommen wir dann später. Somit kommen wir zum ersten Tagesordnungspunkt. Berichterstatterin ist Frau Gemeinderätin Miriam Herlicska, es geht um die Klimaschutz-Sonderförderung für dieses Jahr.

en bloc:

7.1 Stk. 2) A5-075606/2022/0094

**N. Reyhani-Stiftung
Satzungsänderung
Umwandlung in einen Stiftungsfonds**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Satzung vom 14.8.1980 der N. Reyhani-Stiftung zu GZ: 2-143/I Re4-79/4 soll dahingehend geändert werden, als die N. Reyhani-Stiftung umgewandelt werden soll in den N. und S. Reyhani-Stiftungsfonds, da durch Nutzung des Stammvermögens der Stiftung die Erfüllung des Stiftungszweckes durch mindestens 20 Jahre gewährleistet ist und dem Stifterwillen nichts Anderes entspricht

und nimmt zur Kenntnis,

1. dass der N. und S. Reyhani-Stiftungsfonds nach außen hin durch die jeweilige Leitung des Sozialamtes, dies ist derzeit Frau Dr.ⁱⁿ Andrea Fink, vertreten wird und die Bestellung der jeweiligen Leitung für den N. und S. Reyhani-Stiftungsfonds durch die Stiftungsbehörde beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung veranlasst wird.
2. dass die Verwaltung der N. Reyhani-Stiftung bei der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG, Sparkassenplatz 4, 8010 Graz, ein Girokonto für den N. und S. Reyhani-Stiftungsfonds eröffnet,
3. dass die Verwaltung der N. Reyhani-Stiftung das auf dem bestehenden Girokonto der Stiftung bei der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG, Kontonummer 20200-104345 befindliche Guthaben auf das noch zu eröffnende Girokonto des Fonds umbucht und anschließend die Schließung des bestehenden Girokontos der N. Reyhani-Stiftung mit der Kontonummer

20200-104345 nach Eröffnung des neuen Kontos für den N. und S. Reyhani-Stiftungsfonds, veranlasst.

4. dass die Verwaltung der N. Reyhani-Stiftung die Schließung des Wertpapierdepots 00788-525632 bei der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG, Sparkassenplatz 4, 8010 Graz, das die beiden Positionen AT0000858200 mit 1.210 Stk. und AT0000858220 mit 13.180 Stk. umfasst, veranlasst.
5. dass infolge das Stammvermögen nach Abzug der entstehenden Schließungsgebühren auf das noch zu eröffnende Girokonto für den N. und S. Reyhani-Stiftungsfonds angewiesen wird,
6. dass die Umwandlung entsprechend der beiliegenden, vom Kuratorium am 11.05.2023 beschlossenen Satzung, erfolgen wird.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.2 Stk. 6) Präs. 011250/2003/0044 Altstadt-Sachverständigenkommission
(ASVK)
Vertretung der Landeshauptstadt Graz**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz in der Altstadt-Sachverständigenkommission wird als Ersatzmitglied für Herrn Arch. DI Alfred Bramberger nunmehr Frau DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva Kuß bestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.3 Stk. 10) A8-018026/2006/0165
A8-205499/2022/0073**

KIMUS Kindermuseum Graz GmbH
**I. Jahresabschluss zum 31.12.2022:
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4)
des Statuts der Landeshauptstadt Graz
1967; Umlaufbeschluss**
**II. Budgetvorsorge über 548.500,- Euro
für 2023**

Der Gemeinderat wolle gemäß § 87 (4) und § 93 (1) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl Nr. 130/1967, in der Fassung, LGBl Nr. 118/2021, beschließen:

I. Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der KIMUS Kindermuseum Graz GmbH, Stadtrat Kurt Hohensinner MBA, wird ermächtigt im Umlaufwege folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Die Art der Beschlussfassung auf schriftlichem Wege gem. § 34 Abs. 2 GmbHG wird zugestimmt.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR -1.768.692,86 Euro und einen Bilanzgewinn/Bilanzverlust von 0,- Euro.
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022.

II. Der Budgetvorsorge über 548.500,- Euro für 2023 wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanz- stelle	Fonds	Finanz- position	Haushalts- programm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungs- ring	FVA 2023	EVA 2023
160	340100	1.755000		Transf. UN (ohne FU)		+ 548.500	+ 548.500
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		- 548.500	- 548.500

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.4 Stk. 11) A8-031806/2006/0148

**Stadion Graz-Liebenau
Vermögensverwertungs- u. Verwaltungs
GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2022:
Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4) des
Statuts der Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss**

Der Gemeinderat wolle gemäß 87 (4) des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl Nr 130/1967, in der Fassung, LGBl Nr 118/2021, im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH, Herr StR Manfred Eber, wird ermächtigt, im Umlaufwege folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der Art der Beschlussfassung auf schriftlichem Wege gemäß § 34 Abs. 2 GmbHG wird zugestimmt.
2. Der vorgelegte Jahresabschluss zum 31.12.2022 mit einer Bilanzsumme von EUR 33.359.154,70 und einem Bilanzverlust von EUR -31.872,70 wird genehmigt.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresfehlbetrages 2022 iHv EUR -2.783.275,16: Übernahme durch die Stadt Graz aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages.
4. Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2022.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.5 Stk. 13) A8-205500/2022/0030

- I. PG Hochwasserschutz Schöcklbach BA4 iHv. 1.742.200,- Euro für 2023-2026**
- II. Budgetvorsorge iHv. 50.000,- Euro für 2023 im ICF der Abteilung für Grünraum und Gewässer**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- I. Die Projektgenehmigung Hochwasserschutz Schöcklbach BA4 iHv. 1.742.200,- Euro für 2023-2026 wird erteilt.

Die Verteilung der Budgetmittel ergibt sich wie folgt:

2023: 50.000,- Euro

2024: 600.000,- Euro

2025: 600.000,- Euro

2026: 492.200,- Euro

- II. Der Budgetvorsorge iHv. 50.000,- Euro für 2023 im ICF der Abteilung für Grünraum und Gewässer wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
240	639000	1.060000	12403360	PG Hochwasserschutz Schöcklbach	D.240336	+ 50.000	
180	639000	2.346000		Investitionsdarlehen		+ 50.000	

Die Budgetmittel für die Jahre 2024-2026 werden in SAP auf den oben angeführten Budgetkombinationen im ICF zur Verfügung gestellt.

Die Bedeckung iHv. 1.742.200 Euro erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds. Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.6 Stk. 14) FIF-A 5-0158/2022-0007 erfa GmbH
Exerzierplatzstraße 33
8051 Graz
Förderung in Höhe von 502.300,00 Euro**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Diesem Bericht entsprechend wird für den Förderungsgegenstand „BB&B“ eine Förderung in Höhe von 502.300,00 Euro gewährt, mit Auszahlungstermin 23 Juni 2023.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

werden, wie vorhin beschrieben, die Förderungen über die Grazer Energie Agentur abgewickelt. Es kommt auch in der Richtlinie für diese Förderung zu folgenden Änderungen: Im ersten allgemeinen Teil – Bestimmungen, im § 4 Abs. 1 wird für die Förderaktion von 16. Juni 2023 bis zur Ausschöpfung des Fördervolumens bis längstens 31. Dezember 2023 als Geltungsdauer festgesetzt. Im § 8 Abs. 3 lit. b wird auch der Hinweis eingebunden, dass es genaue Vorgaben zum Ortsschutzbild geben soll für diese Photovoltaik-Kleinstanlagen. Im Abschnitt II – Besondere Förderbestimmungen wird angepasst im § 12 Abs. 2 die Ergänzung, dass die bezahlten Rechnungen an den Förderwerber oder die -werberin ausgestellt werden müssen, auch im § 12 Abs. 4 wird ergänzt, dass ohne Fotos kein Antrag angenommen werden kann. Und das Schöne ist, auch noch einmal zur Erklärung, es heißt, die Fördermittel waren zu Ende bevor auch der Förderzeitraum zu Ende war, dadurch hat sich eine Übergangsfrist ergeben, und mit der Anpassung an der Richtlinie können jetzt auch Förderungen, die zwischen 1. Oktober 2022 und 15. Juni 2023 gestellt wurden, nachträglich eingereicht werden. Und im § 14 Abs. 2 wird festgelegt, dass die Förderhöhe auf 50 % der förderfähigen Kosten, jedoch maximal auf 500 Euro angepasst wird. Der Antrag wurde auch in den Ausschüssen angenommen und ich würde auch bitten, dass der Gemeinderat dies beschließen wolle, im Konkreten die Antragspunkte:

1. Die Verlängerung der Projektgenehmigung für die Klimaschutz-Sonderförderung 2023 bis zum 31.12.2023 und mit einem Budget von, wie vorhin schon mitgeteilt, 400.000 Euro wird erteilt.
2. Die Förderrichtlinie „Photovoltaik-Kleinstanlagen für Balkone“ wird inklusive der im Motivenbericht angeführten Änderungen gem. Beilage als „Sonderförderung“ genehmigt.
3. Die Stadtbaudirektion beauftragt die Grazer Energieagentur Ges.m.b.H. mit der Weiterführung der Abwicklung der Förderungen „Photovoltaik-Kleinstanlagen für Balkone.“

Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Verlängerung der Projektgenehmigung für die Klimaschutz-Sonderförderung 2023 bis zum 31.12.2023 und mit einem Budget von insgesamt 400.000 € wird erteilt.*
- 2. Die Förderrichtlinie „Photovoltaik-Kleinstanlagen für Balkone“ wird inklusive der im Motivenbericht angeführten Änderungen gem. Beilage als „Sonderförderung“ genehmigt.*
- 3. Die Stadtbaudirektion beauftragt die Grazer Energieagentur Ges.m.b.H. mit der Weiterführung der Abwicklung der Förderungen „Photovoltaik-Kleinstanlagen für Balkone“.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.33 Uhr).

GR DI Ram:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Grazerinnen und Grazer. Ich werde auch versuchen, mit sehr kurz zu halten. Ich freue mich sehr, dass dieses Programm weitergeführt wird, möchte mich beim Umweltamt besonders bedanken, die sich hier sehr stark dafür eingesetzt haben, dass das weitergeführt werden kann. Es war nicht einfach, wir wissen, die finanzielle Situation der Stadt Graz ist ja angespannt. Wir haben da Geld aufstellen können. Und was, glaube ich, ganz wichtig ist zu betonen, das ist eine sehr niederschwellige Maßnahme, wo viele, die vielleicht Mieter sind, in einem Mehrparteienhaus wohnen, die Möglichkeit haben eben mit einem relativ geringen Betrag, also wir reden hier ungefähr von 500 Euro für ein bis zwei Paneele. Die Stadt Graz bezahlt davon 50 %, das heißt, mit 250 Euro ist man dabei. Man kann so ca. 10 bis 20 % seines eigenen Strombedarfs damit selbst stemmen, und wird damit Teil der Lösung. Ich glaube, das ist eine sehr, sehr schöne

Sache. Da geht es vor allem auch um Bewusstseinsbildung, ich habe mir selbst so ein Ding zugelegt, da fängt man dann erst einmal nachdenken an, wenn man so eine Kilowattstunde am Tag produziert, wenn es gut geht, und braucht aber acht, dass hier schon noch ein großer Weg ist bis dorthin, dass man sich selbst versorgen kann, dass man darüber nachdenkt, was sind denn meine großen Stromfresser, bin ich effizient, ist mein Boiler auf dem neuesten Stand, kann ich da auch etwas beitragen? Und sind wir uns ehrlich, wir haben große Herausforderungen, die Stadt Graz wird ihr Möglichstes tun, um hier voran zu schreiten, aber wir brauchen die gesamte Bevölkerung, dass wir gemeinsam eben diesen Weg beschreiten. Und wir wollen dabei helfen, und schön, dass das gelungen ist. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Herlicska:

Ganz kurz, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke auch für die Ausführungen vom Kollegen Ram zu den Hintergründen. Ich möchte mich auch beim Umweltamt bedanken, und bei allen beteiligten Stellen, die sich diese Förderung quasi ausgedacht haben. Weil, wie wir auch lernen durften, im Umweltausschuss haben wir hier in Graz ein Alleinstellungsmerkmal, was diese Förderung betrifft. Und hoffen, dass es auch vielen Nachahmerinnen und Nachahmer geben wird. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Dankeschön. Ich kann mich dem nur anschließen, und möchte mich auch noch einmal beim Umweltamt bedanken, weil wir haben hier wirklich Experten und Expertinnen sitzen, die sehr klimabewusst agieren und sozusagen die Expertise haben und auch entsprechende Vorschläge machen und deswegen können wir uns wirklich freuen, dass wir als Stadt diese Förderung zur Verfügung stellen können.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR Huber: (zur Geschäftsordnung)

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Beim Tagesordnungspunkt 3 geht es ja um die Radoffensive Petersgasse und um die Errichtung der Radinfrastruktur im Zeitraum 2023/24. Und aus unserer Sicht könnte man diese Errichtung zu einem späteren Zeitpunkt durchführen, denn die Stadt steht ja ohnehin mit den vielen Baustellen momentan still. Und um die Belastung für die Bevölkerung mit diesem Projekt nicht zu erhöhen, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs gemäß § 20 Abs. 3 lit. b der Geschäftsordnung des Gemeinderates den Antrag auf die Vertagung des Tagesordnungspunktes 3. Und grundsätzlich muss man sagen, können wir natürlich über neue Radwege diskutieren, aber wir möchten schon dafür plädieren, dass wir dieses Stück zu einem Zeitpunkt diskutieren, der zeitlich und auch finanziell besser für die Stadt passt, und daher bitte ich um Annahme. Vielen Dank (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Vielen Dank für den Antrag, den wir natürlich zur Abstimmung bringen werden selbstverständlich. Ich darf aber schon eine Gegenfrage stellen. Auch andere Abteilungen führen Projekte durch, die wir entsprechend der Möglichkeiten, der Finanzplanung beziehungsweise der politischen Willensbildung, vorberatend in den Ausschüssen, vorberatend durch die Stadtregierungsmitglieder, von mehreren Fraktionen, im Übrigen auch von eurer, bearbeiten und behandeln. Die Begründung, es seien im Moment zu viele Baustellen, die können wir noch gerne eingehend diskutieren, ist kein Teil der Geschäftsordnung. Ich möchte nur dazusagen, 2019 hat ein ehemaliger Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl, dankenswerterweise mit dem Land Steiermark, mit der damaligen Verkehrsstadträtin und heutigen Bürgermeisterin die Radoffensive 2030 auf den Weg gebracht, den Menschen in Graz versprochen, allen Menschen in Graz versprochen, und wir setzen jetzt nach mehreren Jahren Vorplanung, auch hier gilt der Dank den damals Beteiligten, ich formuliere es bewusst positiv, nach mehreren Jahren Vorplanungen wichtiger Radrouten, um. Und ich denke,

es ist die finanzielle Absicherung gegeben, es ist möglich diese Baustelle entsprechend durchzuführen, auch wenn es andere Baustellen gibt, die wird es in jedem Jahr geben, und deswegen werden wir diesem Geschäftsordnungsantrag, der für mich weiters nicht gut begründet war, nicht die Zustimmung erteilen. Vielen Dank (*Appl.*).

Der Geschäftsordnungsantrag (§ 20 Abs. 3 lit. b) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Berichterstatter: GR Mag. Dr. Kozina-Voit

**7.8 Stk. 3) A8-205500/2022/0023
A10/8-081209/2023/0001**

„Radoffensive Petersgasse“

- 1. Projektgenehmigung für die Jahre 2023/2024 in Höhe von € 2.000.000**
- 2. Budgetvorsorge für 2023 im ICF der Abteilung für Verkehrsplanung in Höhe von € 1.300.000**

GR Mag. Dr. Kozina-Voit:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Bühne und im Livestream. Es überrascht mich jetzt wieder einmal, dieser Antrag der ÖVP. Ich wüsste nicht, wie die Radoffensive umgesetzt werden hätte sollen, mir kommt immer vor, sobald man irgendwas plant im Radwegbereich, wird alles dafür getan, damit das nicht passiert, damit nichts umgesetzt wird. Jetzt haben wir Gott sei Dank eine andere Konstellation und eine andere Politik. Die Petersgasse ist eine sehr, sehr wichtiger Baustein, in dem ganzen Radverkehrsbereich. Ich weiß nicht, wer von Ihnen, wer von euch einmal versucht hat, vom Schulzentrum St. Peter in die Innenstadt zu fahren. Da gibt es die eine Möglichkeit, dass man eben über die Petersgasse und Mandellstraße fährt, nicht so lustig, da fühlt man sich sehr unsicher als Radfahrer, Radfahrerin, und das andere ist dann halt über die St.-Peter-Hauptstraße, Plüddemanngasse und dann weiter über die Merangasse oder

irgendwo anders. Aber das sind alles keine Routen, wo eine gute Radinfrastruktur vorhanden ist und speziell die direkte Route eben über die Petersgasse, über die Mandellstraße, da fehlt eine Radinfrastruktur, und das betrifft hier jetzt nicht nur uns Erwachsene sozusagen, sondern vor allem auch die Kinder und Jugendlichen, die dann eben zum Schulzentrum St. Peter hinmüssen, und das jeden Tag. Insofern ist das jetzt einmal ein erster Schritt, ein erstes Teilstück, das hier realisiert werden soll. Es geht um eine durchgängige Hauptradroute, insgesamt eben von der Innenstadt bis hinaus nach Messendorf und Raaba. Es ist auch dann in weiterer Folge ja anschließend an die neue Fahrradstraße in der Marburger Straße, die wiederum ein großes Gebiet erschließt, es geht um die TU-Standorte, die entlang dieser Achse liegen, natürlich auch der unmittelbare Campus Inffeldgasse, aber eben dann auch weiter hinein, die Neue Technik und die Alte Technik. Es ist dort der Friedhof, es sind mehrere Schulen, wie gesagt, also das Schulzentrum, aber weiter hinein dann auch das Sacre Coeur zum Beispiel, und es gibt auch einige Kindergärten an dieser Route. Es geht jetzt konkret in der Petersgasse um das Teilstück zwischen dem Waltendorfer Gürtel und der Inffeldgasse, da liegt auch spezielle die Kreuzung Petersgasse/Moserhofgasse drinnen, da hat es jetzt eine VZÖ-Umfrage auch gegeben online, wo quasi der höchste Handlungsbedarf besteht, das ist genau dort, dass dort eben auch die Sicherheit verbessert wird. Es wird deswegen im Abschnitt von der Waltendorfer Straße bis zur Moserhofgasse beidseits Radfahrstreifen mit bis zu 2 Meter Breite geben. Es wird im Kreuzungsbereich dann Einrichtungradwege geben, und es wird dann weiter stadtauswärts, wo dann auch die Straßenbahn unterwegs ist, Mehrzweckstreifen mit einer Breite von rund 1,75 Meter geben. Es wird damit ein sehr großer Beitrag auch zur Verkehrssicherheit geleistet, eben, weil diese Gefahrenstelle an der Kreuzung entschärft wird und auch sonst eben die Radfahrer und Radfahrerinnen dort eine eigene Infrastruktur zur Verfügung haben. Insgesamt werden damit 85 Stellplätze für Kfz auch fallen, gleichzeitig werden 15 neue Bäume kommen, das heißt, auch die Qualität in der Straße wird aufgewertet, es sind ja nicht alle mit dem Fahrrad unterwegs, das bedeutet auch, dass ist für Fußgänger und Fußgängerinnen dort deutlich attraktiver wird. Die gesamten Umsetzungskosten belaufen sich auf

2 Millionen Euro, 800.000 Euro davon für den Umbau, 650.000 Euro für die Ampel und Beleuchtung, 250.000 Euro für Gestaltung und Grünraum und 300.000 Euro für Bodenmarkierung und Beschilderung. Konkret wird heuer im August mit der Umsetzung begonnen im Bauabschnitt Moserhofgasse bis Inffeldgasse. Der zweite Abschnitt zwischen Waltendorfer Gürtel und Moserhofgasse soll dann im Frühjahr beziehungsweise Sommer 2024 passieren. Insgesamt ergibt sich daraus der Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung „Radoffensive Petersgasse“ in Höhe von 2.000.000 Euro wird erteilt. Die Mittel verteilen sich auf 1,3 Millionen im Jahr 2023 und 700.000 Euro im Jahr 2024. Der Budgetvorsorge in Höhe von diesen 1,3 Millionen Euro für 2023 im ICF wird zugestimmt. Das ist dann aufgelistet, wie diese Bedeckung wieder erfolgen soll. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, die Planungsleistungen und Umsetzungsmaßnahmen zur Errichtung von Radinfrastruktur laut Motivenbericht umzusetzen. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, das genannte Projekt im Rahmen der Radoffensive mit den betroffenen Fachabteilungen in der Stadt Graz und dem Land Steiermark abzustimmen und zur Umsetzung zu bringen. Ich bitte um Diskussion und Annahme dieses Antrages (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Projektgenehmigung „Radoffensive Petersgasse“ in Höhe von € 2.000.000 wird erteilt.*

Die Mittel verteilen sich voraussichtlich in den Jahren 2023 und 2024 wie folgt:

<i>2023</i>	<i>€</i>	<i>1.300.000,-</i>
<i>2024</i>	<i>€</i>	<i>700.000,-</i>

- 2. Der Budgetvorsorge in Höhe von € 1.300.000 für 2023 im ICF der Abteilung für Verkehrsplanung wird zugestimmt.*

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Juni 2023

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
260	612000	1.060000	12603690	Radoffensive Petersgasse/ Im Bau befindliche Grundstückseinrichtungen	D.260369	+1.300.000	
180	612000	2.346000		Investitionsdarlehen		+1.300.000	

Die Budgetmittel für das Jahr 2024 werden in SAP auf den oben angeführten Budgetkombinationen im ICF zur Verfügung gestellt.

Die Bedeckung von € 2.000.000 für 2023 und 2024 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds transformative Vorhaben.

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds transformative Vorhaben geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

- 3. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, die Planungsleistungen und Umsetzungsmaßnahmen zur Errichtung von Radinfrastruktur lt. Motivenbericht umzusetzen.*
- 4. Die Abteilung für Verkehrsplanung Graz wird beauftragt, das genannte Projekt im Rahmen der Radoffensive mit den betroffenen Fachabteilungen in der Stadt Graz und dem Land Steiermark abzustimmen und zur Umsetzung zu bringen.*

GR Huber:

Hoher Stadtregerung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Zuerst einmal, danke, Karl Dreisiebner, dass mein Antrag auf die Vertagung abgestimmt worden ist. Ich habe gar nicht gewusst, dass das nicht selbstverständlich ist, wenn eine Fraktion das macht, aber ok. Wir lernen hier immer etwas dazu. Lieber Kollege Kozina-Voit, weil du angesprochen hast, wir sind prinzipiell immer dagegen, dass irgendwas passiert, das möchte ich so nicht stehenlassen, und das können wir auch so nicht stehenlassen. Weil das einzige was wir verlangen, ist, dass die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner endlich einen Gesamtplan für Graz vorlegt im Thema Verkehr, und nicht immer ein Stückwerk macht, wo vorne und hinten nichts mehr zusammenpasst und die Grazer Bevölkerung zum Narren gehalten wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und diese Baustellenserie, die jetzt ...

Gelächter aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Huber:

Ihr braucht gar nicht lachen, weil die Grazer Bevölkerung lacht nicht mehr, so wie ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Huber:

Ok, na ja, bei eurer Politik kann man schon einmal zum Lachen anfangen (*Gelächter im Saal*).

Aber das fordern wir als Grazer Volkspartei schon ein, dass endlich dieser Gesamtplan vorgelegt wird. Und hier möchte ich schon unserem Bürgermeister außer Dienst Siegfried Nagl danken, weil der hat zumindest einmal einen Gesamtplan vorgelegt, und

ja, wir möchte auch in Radwege investieren, aber nicht planlos, wo hinten und vorne nichts mehr zusammenpasst, sondern wo wirklich ein Plan dahinter ist, dass die Personen sicher von A nach B kommen, und nicht so wie in der Petersgasse, dass im Norden und im Süden kein richtiger Anschluss da ist, damit die Schulkinder, die hier mit dem Rad fahren, erst wieder mit dem Straßenverkehr und mit den Autos in der Verbindung kommen. So kann man keine sichere Verkehrspolitik machen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Und da hat der Kollege Ram auch angesprochen, dass die Situation, die finanzielle Situation der Stadt Graz halt mehr als angespannt ist, jetzt ist der Kollege Eber nicht da, aber der wird auch schlaflose Nächte haben, weil der muss leider diese Marketingprojekte von einer Judith Schwentner erst einmal finanzieren, und das ist in dieser jetzigen Situation gar nicht so einfach. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller. Kurze Wortmeldung von mir. Ich schließe mich einmal beim Vorredner von der ÖVP an, diese Argumente habe ich natürlich auch. Und eines möchte ich auch noch anmerken oder ergänzen, dann steht immer so euphemistisch im dem Stück, es werden 85 Stellplätze reorganisiert. Reorganisiert heißt bei mir Streichen. Also auch hier werden natürlich wieder Parkplätze gestrichen und als Zuckerl wird dann vielleicht dort eine Anrainerzone kommen, wo dann wieder ein Viertel der Anrainer auf Gottes Gnaden, oder auf Vizebürgermeisters Gnaden parken dürfen, daher werde ich das Stück ablehnen (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind selbstverständlich für neue Verkehrswege und verwehren uns nicht gegen den Plan in der Petersgasse für Radfahrer, Fußgänger und für den Individualverkehr, sichere Routen zu planen. Wogegen wir uns verwehren ist einfach,

und das hat mein Kollege schon angesprochen, ob der Zeitpunkt der richtige ist. Und der, das kann ich nur unterstreichen, der erschließt sich mir derzeit nicht. Wenn ich auf unsere Stadt-Graz-Seite gehe, wo eine Übersicht aller Baustellen in Graz ist, die derzeit auch mit sämtlichen Baustellen beziffert wird, über 516 Baustellen lesen kann, wovon 84 Baustellen nur dem Verkehr derzeit geschuldet sind, und egal in welchem Bezirk, kommen diese Staubildungen in alle Himmelsrichtungen inzwischen an, da ist es egal, wohin man auf dem Weg ist. Und wenn wir uns jetzt auch die Petersgasse vornehmen, und man da jetzt, wie von dir skizziert, herausstreicht, dass es dann einen sicheren Radweg geben wird von der Innenstadt zum St. Peter Schulzentrum, möchte ich vielleicht in Erinnerung rufen, dass es einen Radweg gibt, der nennt sich R7, westlich von Graz, von Raaba ausgehend in die Innenstadt. Er ist halt nur bedauerlicherweise nicht gut beschrieben und vielleicht fehlt auch dort ein kleines Stückerl, das man aufschließen könnte, und man macht etwas wirklich zu einer Fahrradstraße, die auch schon vorhanden ist, aber leider in Vergessenheit geraten ist. Außerdem möchte ich auch noch auf die reorganisierten zukünftigen Parkplätze, die jetzt auch diesem Fahrradstreifen zum Opfer fallen, darauf hinweisen, dass zum Beispiel auch die jetzigen 13 Stellplätze beim St.-Peter-Friedhof, die, man kann dort vorbeifahren wann man will, immer belegt sind, nur mehr zukünftig dann fünf Abstellflächen vorsehen, stimmt nicht. Ich freue mich dann auf eine Berichtigung, liebe Frau Vizebürgermeisterin. Und abschließen möchte ich mit dem Hinweis, und auch noch einmal darauf hinweisen, warum wir um Vertagung zur Umsetzung des Stückes erbeten haben, für 600 Meter Radwegnetz aufzuschließen, 2 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, auch wenn noch ein bisschen etwas anderes sich auch darunter verbirgt, erschließt sich mir derzeit nicht in der Wichtigkeit zu unserer Budgetsituation. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann würde ich gerne das richtigstellen, am St.-Peter-Friedhof, das war uns sehr wichtig, dass Besucherinnen und Besucher des Friedhofs, von Begräbnissen parken können. Es sind meiner Ansicht nach, du kennst

das Stück jetzt besser, 12 Parkplätze, oder es waren 15, und es bleiben 12, auf jeden Fall, die Parkplätze direkt am Friedhof, da bleibt der Großteil, zwei kommen weg auf jeden Fall, weil dort Bäume gepflanzt werden. Auch die werden wir brauchen, da sind ältere Menschen unterwegs, die den Schatten brauchen, in Zukunft, wenn sich die Straßen, gerade dort im Straßenraum, immer mehr erhitzen, also das ist sicher gut investiert insgesamt. Ja, Radinfrastruktur, wie Infrastruktur allgemein kostet. Wie gesagt, ich möchte noch einmal die Radoffensive aufgreifen, das ist auch eine Vereinbarung mit dem Land, wir haben hier ein Abkommen, das ist auch damals vereinbart worden vom Altbürgermeister Nagl, schon mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter Lang. Wir setzen jetzt um, und mich wundert es schon, weil wir jetzt sein eineinhalb Jahren quasi in die systematische Umsetzung dieser Radoffensive kommen, der Sie alle auch, ich glaube, einstimmig war das, zugestimmt haben. Ja, in der Umsetzung gibt es Veränderung, und diese Veränderung, die müssen wir gemeinsam tragen, und alle Maßnahmen sind keine Riesenüberraschungen, sondern sind Teil der Radoffensive und Teil des Masterplans Rad, gemeinsam mit dem Land systematisch in A, B und C Radoffensive, Radwegenetz geplant, kann man sich anschauen. Ich empfehle eine wiederholte Lektüre des Stücks zur Radoffensive, also es sind keine großen Überraschungen drinnen. Und zur Petersgasse an sich, wir haben dort in der Spitzenstunde 400 Radfahrer:innen, die unterwegs sind, zwischen Unis, zwischen Schulen, TU-Campus, das ist eine Pendler:innenroute und geht es massiv um die Verkehrssicherheit der Radfahrer:innen. Wer die Strecke kennt, sie schon beschrieben, wer das als Radfahrer:in kennt, das ist sehr, sehr unangenehm und sehr gefährlich wegen der Schienen die dort sind, das heißt, die Radfahrer:innen, aber auch die Fußgänger:innen, wie es heute schon das Thema war, brauchen mehr Platz und genau das tun wir dort, abschnittweise, der zweite Abschnitt kommt ja erst dann, wenn Leitungsmaßnahmen und weitere Grabungen passieren im weiteren Teil. Wir haben das gestern im Ausschuss intensiver auch vorgestellt. Also wir setzen um was beschlossen ist, Schritt für Schritt, genau nach Plan. Und ja, es ist Veränderung, es verändert sich viel, und freuen wir uns doch darüber, weil es geht um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden. Danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Jetzt ist eh schon einiges gesagt. Vielleicht noch zum Schluss, dieser Gesamtplan, also es ist irgendwie in der Argumentation nicht ganz logisch, also es gibt den Gesamtplan Masterplan Radoffensive und es gibt keinen Gesamtplan gleichzeitig. Also ich verstehe die Argumentation irgendwie nicht. Also wir arbeiten jetzt gerade an dem Mobilitätsplan, wie alle wissen, da wird es dann nicht nur Radfahrer, sondern für alles einen Plan geben, mit den Zielen bis 2040, mit einer Überarbeitung der Verkehrsplanungsrichtlinie. Also irgendwie geht sich die Argumentation in meinem Kopf nicht aus. Und zum R7 wollte ich nur sagen, ich weiß nicht, Dani, bist du den schon einmal gefahren, den R7? Weil das ist einer der Worst-Case-Radwege, also da fährt man zickzack quer durch ...

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Es ist auf jeden Fall ein wirklich schlechter Radweg. Das war klassisch, als man da gebaut hat, eben vor 20 Jahren, wo man versucht hat irgendwo durchzukommen, nur um ja nicht eine Mandellstraße oder eine andere Straße anzugreifen, und da gibt es einfach dann nicht das Potenzial. Weiter draußen Richtung Raaba, ja, natürlich, Neufeldweg und so weiter, da kann man auch Fahrradstraßen machen, das ist durchaus sinnvoll, aber weiter hinein, gerade in diesem Bereich, und wenn es nach mir geht, dann braucht es eine andere Streckenführung, als die, die es bisher gibt (*Appl.*). Es hat auch eine Infoveranstaltung gegeben, da hat es sehr viel Zuspruch gegeben, auch von Seiten der Anrainer:Innen, auch von Seiten der Betriebe, das ist jetzt nicht so heiß wie vielleicht in anderen Gebieten der Stadt. Deswegen freue ich mich, dass dieses Projekt zeitnah umgesetzt wird. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA

7.9 Stk. 4) A8-205500/2022/0031	Verein Jukus
FIF-A13-1204/2022/0001	Förderung von Jugend, Kultur und Sport
	Förderung für die Jahre 2023 – 2025 in
	Höhe von 6.000 Euro p.a.,
	Projektgenehmigung über 18.000 Euro

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat. Verein Jukus, hier geht es um Förderungen im migrantischen Bereich, konkret um das Projekt „Pro Aktiv“, da geht es darum, die Community zu mehr Mobilität, mehr Sport, mehr Bewegung im Alltag zu bewegen. Der Grund wieso das Stück im Gemeinderat landet, ist nicht die hohe Fördersumme, sondern die Tatsache, dass es ein mehrjähriges Projekt ist. Eine Gesamtsumme von 18.000 Euro soll über drei Jahre aufgeteilt werden von 2023 bis 2025. Ich bitte um Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Zur Unterstützung des Vereins Jukus wird in den Budgets 2023 bis 2025 jeweils eine Förderung in Höhe von 6.000 Euro genehmigt.*
- 2) Für die haushaltmäßige Vorsorge in den Jahren 2023 bis 2025 mit einem jährlichen Finanzmittelbedarf in Höhe von 6.000 Euro wird die entsprechende Projektgenehmigung erteilt. Die Förderung kann aus dem beschlossenen Budget 2023 des Sportamtes beziehungsweise den Budgetvorgaben für das Sportamt für 2024 und 2025 abgedeckt werden.*

3) *Die Bedeckung der Förderung 2023 bis 2025 erfolgt aus dem Fonds 269000, Sachkonto 1.757000.*

4) *Die Auszahlung erfolgt jeweils im zweiten Quartal jeden Jahres.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ja, die Summe, die hier veranschlagt worden ist, ist durchaus überschaubar. Ich habe aber heute meinen Kollegen Alexis Pascuttini im Finanzausschuss vertreten dürfen, und da hat es durchaus eine sehr anregende und durchaus interessante Diskussion oder einen Diskussionsbeginn gegeben. Nämlich ist die Grundfrage vom Kollegen Pointner aufgeworfen worden: Für was soll die Stadt überhaupt alles zuständig sein? Welche Aufgaben muss eine Stadt erfüllen und was darf hinterfragt werden, was darf nicht hinterfragt werden? Und jetzt geht es natürlich um im Endeffekt 18.000 Euro, wenn ich das richtig vernommen habe, über die Jahre, aber man muss sich schon auch die Grundfrage stellen: Ist es notwendig, dass wurscht wer auch immer eine Förderung erlangt, für Wanderaktivität und Wissenserweiterung bezüglich dem gesundheitlichen Nutzen von Sport? Also persönlich, wenn jemand gerne wandern gehen möchte, dann soll er gerne wandern gehen, ich gehe selbst gerne wandern, ist auch durchaus jedem zu empfehlen, aber es ist für mich unerklärlich, warum ein Verein existieren sollte, der von der Stadt Graz Geld bekommt, damit mir der erklärt, dass Wandern eine gute Sache ist. Ist für mich völlig unschlüssig. Wir alle wissen, wie die finanzielle Lage unserer Stadt in Wirklichkeit ist. Schlecht, sehr schlecht. Und unabhängig jetzt von diesem Verein, unabhängig jetzt von dieser Community, unabhängig von diesem konkreten Stück. Wir müssen uns langfristig auf allen Ebenen die Frage stellen: Ist es Aufgabe, es ist es wirklich notwendig, dass eine Stadt Graz, mit derartigem schlechten finanziellen Hintergrund, solche Dinge weiterhin fördert? Ich sage nein, wir sagen nein. Weil es muss doch möglich sein in vielen Bereichen gewisse Einsparungen vorzunehmen, ohne einen wirklichen Qualitätsverlust für die Bürger gleichzeitig zu bewirken. Daher sollte dieses

Projekt, dieses Stück, auch irgendwie eine Symbolkraft besitzen, dass es nicht notwendig ist, dass die Stadt Graz alles und jedes fördert. Daher bitte ich, es abzulehnen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich melde mich jetzt spontan zu Wort, weil ich einfach die Arbeit des Vereins Jukus sehr gut kenne und sehr schätze. In der Grundfrage bin ich eigentlich eh total bei dir, natürlich müssen wir uns möglichst strukturiert die Frage stellen, was eigentlich die Aufgaben der Stadt sind und was in welchem Ausmaß finanziert werden soll und was nicht, eben, weil die Gesamtbudgetlage im Auge behalten müssen. Aber das jetzt am Beispiel von einem kleinen Verein durchexerzieren zu wollen, wo es um eine wirklich kleine mehrjährige Förderung geht, die denen aber wiederum Planungssicherheit für ihre wichtigen Angebote schafft, ist irgendwie ein bisschen an den Haaren herbeigezogen. Ich erzähle einmal kurz, was der Verein Jukus für Angebote hat, zum Beispiel ein Stadtteilzentrum „NaNet“, welche sie schon länger betreuen, auch Träger vom Jugendzentrum, sie haben auch Projekte im Suchtpräventionsbereich zum Beispiel durchgeführt, auch einmal ein Projekt zur Antisemitismusprävention. Was den Verein insgesamt auszeichnet, ist, dass er sehr gut Netzwerke auch in migrantische Communitys hat, einfach auch Leute und Zielgruppen erreicht, die von anderen Institutionen oder Vereinen eben nicht erreicht werden. Und, jetzt alle, die sich vielleicht ein bisschen mehr beschäftigt haben mit dem Bereich der Gesundheitsförderung und der Chancengleichheit im Gesundheitswesen, wissen sehr gut, dass es eben nicht so einfach ist, dass es nicht so ist, dass es eh nur die individuelle Verantwortung von Menschen ist, ob sie Sport betreiben oder nicht, und manche sind dann halt gesund und manche sind nicht so gesund, sondern dass die Zugänge von Menschen, je nach ihrer Lebenssituation, zu Sport ganz unterschiedlich sind, dass es teilweise Menschen gibt, die ganz viele Problemlagen in ihrem Leben haben und vielleicht deswegen nicht so leicht den Zugang zu Sportangeboten finden. Und da macht es total Sinn, auf diese

Menschen zuzugehen und etwas anzubieten. Und ja, das ist auch Verantwortung der Gesellschaft, auch für diese Teile der Bevölkerung etwas anzubieten, zu unterstützen und zu schauen, wie man im Sinne der Gesundheitsförderung Menschen unterstützen kann. Ich glaube, der Robert Krotzer möchte vielleicht auch noch etwas sagen zu den Angeboten zum Verein Jukus. Aber in der Sache, dass man sich die Frage stellen muss, was die Stadt alles fördert, bin ich eh total bei dir, aber da bin ich wirklich der festen Überzeugung, dass es sinnvolle Angebote sind, die der Verein setzt, die absolut förderungswürdig sind (*Appl.*).

StR Mag. Krotzer:

Ich darf in der Beantwortung auf den Gemeinderat Winter kurz Margaret Thatcher zitieren, die einmal gesagt hat: „There’s no such thing als society.“ Also: So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht. Und das wird jetzt kaum jemanden wundern, dass ich dieser Aussage deutlich widerspreche. Und da kommen wir eigentlich zum Punkt, dorthin, warum es exemplarisch an dem Beispiel oder der sehr geringen Summen, wobei, ich kenne jetzt das Stück tatsächlich nicht, dass es aber eine mehrjährige Förderung ist, deutet für mich darauf hin, dass wir wahrscheinlich hier, wie in vielen anderen Bereichen bei Jukus, Bundesmittel lukrieren, die eindeutig als dessen übersteigen, was wir als Stadt ausgeben. Wir machen das auch im Gesundheitsbereich immer wieder, dass Jukus aus anderen Töpfen auf Bundesebene und auch auf EU-Ebene relativ viel Geld in die Stadt Graz holt, von dem wir sozusagen als Stadt insgesamt profitieren, und ich glaube, das liegt auch dem hier zugrunde, und jetzt könnte man mit der Begründung, die Sie angeführt haben, auch sagen: Warum fördern wir den Österreichischen Alpenverein, oder warum gibt es auch einen Österreichischen Turnerbund, der sozusagen Ihnen dann vielleicht sogar noch politisch näher steht? Da geht es ja auch genau darum, und ist auch immer darum gegangen, Menschen Sporteln, Wandern, Spazieren, was auch immer, näherzubringen und diese Angebote anzubieten, und das, auch in einer gemeinsam organisierten kollektiven Art und Weise. Und das muss in einer Stadt Graz heute sicher anders aussehen, als das in einer

Landgemeinde mit 1.500 Einwohnern, wo jeder jeden kennt, und wo einer einmal durchgeht und sagt, am Sonntag fahren wir dorthin. So schaut das halt in einer Stadt mit 300.000 Einwohner:innen und einer sehr bunt zusammengesetzten Bevölkerung einfach anders aus. Und ich bin sehr froh, dass wir viele von diesen Angeboten haben, weil wir ja auch die Schattenseite dessen kennen. Die Schattenseite davon ist soziale Isolation, Vereinsamung, ein sehr, sehr großes Thema in unserer Stadt, und ich glaube, wir bekennen uns, oder sollten uns dazu bekennen, eine Stadt zu entwickeln und eine Stadt zu bauen, in der es sehr viele Netzwerke der gegenseitigen Hilfe, des gegenseitigen Kennens, der gegenseitigen Unterstützung gibt. Damit mache ich einen Punkt (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner:

Ich möchte inhaltlich eigentlich nicht mehr viel dazu sagen, aber vielleicht zu den Zahlen. Robert, du hast ja schon gesagt, dass das mit diesem Projekt oder mit dieser Förderung der Verein Jukus Bundesmittel beziehungsweise Fördermittel in die Stadt Graz holt. Es gibt bei diesen 18.000 um die 20 % Eigenmittel, die bei Förderungen teilweise geleistet werden müssen. Der Verein Jukus holt 70.000 Euro mit diesem Projekt in die Stadt Graz, und ich glaube, das ist schon Argument genug, dass wir da Ja sagen können im Gemeinderat (*Appl.*).

GR Mag. Winter:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Erstens, das freut mich, dass es zumindest eine grundsätzliche Übereinstimmung gibt, dass wir überlegen sollten, wo sind Einsparungen möglich, wo sind Einsparungen machbar, ohne wirklich in dem Sinn einen Qualitätsverlust für die Bevölkerung, für die Bürger insgesamt zu lukrieren? Das Argument, das Geld kommt ja vom Bund, na ja, ok, der Bund hat ja auch irgendwann einmal Steuern eingenommen, also hat es wieder der Bürger bezahlt. Nur weil es nicht direkt aus Abgaben für die Stadt Graz finanziert wird, heißt es ja nicht, dass es der

Bürger nicht im Endeffekt wieder finanziert hat. Das muss man wohl auch bedenken. Das ist ein hin und her verschieben aus unterschiedlichen Ebenen, am Ende gibt es einen Zahler, das ist der Steuerzahler. Ich möchte diesen Verein jetzt auch nicht irgendwie in dem Sinn madig machen oder diese Projekte. Es geht um die Grundüberlegung, und ich möchte mir dieses Stück jetzt nicht exemplarisch herausnehmen, und nur auf dieses Stück begrenzen, sondern wir alle sollten auch für zukünftige Stücke in den unterschiedlichsten Bereichen genau diese Grundüberlegung miteinfließen lassen. Explizit war es eben so, dass ich heute den Kollegen Pascuttini vertreten habe im Finanzausschuss und infolgedessen dort diese Diskussion ausgebrochen ist, die in meinen Augen sehr, sehr vernünftig ist. Warum sollte man nicht ergebnisoffen über gewisse Dinge diskutieren und schauen, wo ist eine Einsparung wirklich möglich? Das war die Grundüberlegung meiner Wortmeldung, ohne diesen Verein jetzt irgendwie inhaltlich hier in Grund und Boden stampfen zu wollen. Nur zur Erklärung (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA

7.10 Stk. 5) ABI-002270-2003-0073

**Neue Tarifregelung für die Betreuung in
Kinderkrippen**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat. Ich darf jetzt stellvertretend für den abwesenden Stadtrat Hohensinner dieses Stück zur Berichterstattung bringen. Es geht um die neuen Tarifregelungen, wie der Name schon sagt. In der Landtagssitzung vom 16.5.2023 wurde eine Novellierung des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beschlossen. Grundsätzlich etwas Gutes, es geht darum, dass

Kinderbetreuung für viele leistbarer wird. Ein paar Auswirkungen gab es auch für die Stadt und unsere noch gültige Betreuungstaffel, und zwar kam es in Einzelfällen dazu, dass es zu Mehrkosten für Eltern geführt hatte. Jetzt stand das ABI vor der Herausforderung, den Gap zu schließen, um diese Mehrkosten abzufedern durch eine Staffel und trotzdem die Auszahlung des Landes zu lukrieren. Dieses wirklich schwierige Unterfangen ist ihnen bravourös gelungen. Dankeschön, ich glaube, ich kann auch für den Herrn Stadtrat sprechen, an dieser Stelle für dieses Kunstwerk. Diese neue Staffelung gilt es jetzt zu beschließen, weiters eben die neuen Modalitäten, ab wann die Beitragsleistung für das jeweilige, im Haushalt lebende Kind rückgestuft wird. Es geht darum, diese neue Tarifregelung für das Kinderbetreuungsjahr ab 2023/24 zu beschließen. Und des Weiteren gilt es noch, das sei zum Schluss noch erwähnt, zu beschließen, dass nach einem Jahr eine Evaluierung des Einsparungspotenzials stattfindet, aufgrund der Komplexität und der vielen unterschiedlichen Parameter dieser neuen Staffel, ist eine Prognose in die Zukunft nicht möglich, deshalb nach einem Jahr eine Evaluierung notwendig. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Stück. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Für den Besuch in Kinderkrippen sind folgende monatliche Beiträge (inklusive Mehrwertsteuer) zu entrichten*

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. Juni 2023

Neue Sozialstaffel der Stadt Graz Betreuung in Kinderkrippen, Betreuungsjahr 2023/24							
Stufe	monatl.		6h	8h	10h	Essen	
	Fam. Nettoeinkommen	bis					
1			1.881,45	47,46	59,96	72,45	40,15
2	1.881,46	-	2.006,89	59,75	76,80	93,85	42,73
3	2.006,90	-	2.132,33	72,04	88,31	104,57	44,68
4	2.132,34	-	2.257,77	84,32	99,81	115,29	46,64
5	2.257,78	-	2.383,21	96,27	116,49	136,70	49,22
6	2.383,22	-	2.508,65	102,22	124,81	147,40	50,51
7	2.508,66	-	2.634,09	108,17	133,14	158,11	51,81
8	2.634,10	-	2.884,95	120,10	149,82	179,54	55,70
9	2.884,96	-	3.135,81	132,00	166,48	200,96	58,27
10	3.135,82	-	3.386,67	143,90	183,15	222,40	60,90
11	3.386,68	-	3.637,53	149,86	191,49	233,11	62,84
12	3.637,54	-	3.888,39	155,83	199,83	243,82	64,78
13	3.888,40	-	4.139,25	167,72	216,48	265,24	67,38
14	4.139,26	-	4.390,11	179,64	233,16	286,67	69,95
15	4.390,12	-	4.640,97	191,57	249,83	308,08	73,85
16	4.640,98	-	4.891,83	198,00	264,00	330,00	76,45
17	4.891,84	-	5.142,69	198,00	264,00	330,00	76,45
18	5.142,70	-	5.393,55	198,00	264,00	330,00	76,45
19	5.393,56	-	5.644,41	198,00	264,00	330,00	76,45
20	5.644,42	-	5.895,27	198,00	264,00	330,00	76,45
21	5.895,28	-	6.146,13	198,00	264,00	330,00	76,45

2. Für weitere Kinder, für die ein haushaltszugehöriger Elternteil Familienbeihilfe bezieht, ist bei der Berechnung des Elternbeitrages eine Rückstufung um eine Stufe in der Einkommensstaffel je weiteres Kind vorzunehmen.

3. Diese neue Tarifregelung für Kinderkrippen gilt ab Beginn des Kinderbetreuungsjahres 2023/24 für städtische Kinderkrippen und private, dem Tarifsysteem der Stadt Graz angeschlossene, Kinderkrippen. Die alte Regelung tritt gleichzeitig außer Kraft.

4. Das maßgebliche Einkommen sowie der monatliche Elternbeitrag je Stufe der Tabelle sind nach dem von der Statistik Austria veröffentlichten letztgültigen Verbraucherpreisindex wertgesichert. Die jährliche Anpassung hat mit Beginn des Kinderbetreuungsjahres 2024/25 zu erfolgen, wobei dafür jeweils der durchschnittliche Verbraucherpreisindex des vorletzten Kalenderjahres heranzuziehen ist.

5. *Eine Evaluierung der neuen Beitragsstaffel und Feststellung der finanziellen Auswirkung hat am Ende des Betreuungsjahres 2023/24 zu erfolgen und ist der Finanzdirektion vorzulegen.*

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (14.11 Uhr).

GRⁱⁿ Naghibi:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Bürgermeisterin-Stellvertreterin, Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer auf der Galerie sowie via Livestream. Die elementare Bildung und Betreuung von Kindern unter dem dritten Lebensjahr, sei es in Kinderkrippen, sei es in alterserweiterten Gruppen, wie bei Tagesmüttern, Tagesvätern, in Kinderhäusern, stellt den zu ermöglichenden Beginn eines Bildungsweges jedes Kindes dar, auch in der Stadt Graz. Und zahlreiche Studien zeigen die Bedeutung dieser elementaren Bildungsstätte für die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich. Kinderbetreuung ist abgesehen davon unerlässlich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch das ist längst hin bekannt. Um für ausreichend viele Betreuungsplätze zu sorgen, wurden seitens des Grazer Bildungsressorts in Zusammenarbeit mit dem Bildungsressort des Landes Steiermark viele Bemühungen getätigt, vor allem im privaten Sektor. Da in vergangenen Legislaturperioden finanziell hauptsächlich in die Quantität und weniger in die Qualität investiert wurde, gibt es auch gegenwärtig diesbezüglich noch viele chaotische Baustellen politischer Art zu regeln. Eine dieser für Familien und Eltern von Kleinkindern sehr problematische Baustelle ist, dass Eltern für die Bildung und Betreuung ihrer unter 3-jährigen Kindern finanziell sehr hohe Kosten schultern müssen. Und das ins zudem Familien, die aufgrund von massiven Teuerungen existenzieller Natur, also so wie Wohn- und Lebensmittelkosten, Heizkosten und vielem mehr, der prekären wirtschaftlichen Lage bereits stark gefordert sind, diese zu bewältigen. Das belegen auch viele Bürger:innenanfragen, die wir derzeit bekommen, und sich auf die laufende Beitragsberechnung beziehen. Die KPÖ forderte dazu, zuletzt

im September 2022 im Steiermärkischen Landtag, dass eine Sozialstaffel für Kinderkrippen daher umgehend, eingeführt werden müsste, was zu diesem Zeitpunkt leider keine Mehrheit fand. Umso erfreulicher, dass es jetzt, und auch längst überfällig, dazu gekommen ist. Und das ist einer sehr guten und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen dem Finanzstadtrat Manfred Eber, dem Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner, ihren jeweiligen Büros, und vor allem auch in der Umsetzung, dem ABI, zu verdanken, dass die hier bereits vorgestellte neue Sozialstaffel der Stadt Graz zur Anwendung kommt, die eben die Vorteile der Tarifregelung des Landes Steiermark mitnimmt und durch Optimierungen aber verhindert, dass es zu Beitragssteigerungen für Eltern kommt. Und in diesem Sinne stimmen wir als KPÖ natürlich dem zu. Danke vielmals (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, dass wir das heutige Stück beschließen können ist aus verschiedenen Gründen erfreulich. In erster Linie natürlich, weil es Kinder und Familien entlastet und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Wir übernehmen zum einen hiermit die neue Sozialstaffel des Landes für die Kinderkrippen als Basis, und das ist vor allem für die Kommunen, wie für die Stadt Graz besonders wichtig, weil wir damit auch die damit verbundenen Förderungen des Landes erhalten, und es kommt also auch auf mehr Einnahmen an, die wir so lukrieren können und die höchst erfreulich sind. So erfreulich die Sozialstaffel ist, wäre es allerdings so gewesen, dass immer noch einige Eltern in verschiedenen Tarifstufen auch spürbare Mehrkosten zu tragen hätten. Das wollte Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner eben so nicht hinnehmen in seinem Einsatz für die Familien, weil, das ist bereits erwähnt worden, und da besteht, glaube ich, Konsens, gerade jetzt in angespannten Zeiten Familien damit nicht zusätzlich oder stärker belastet werden sollten. Deshalb wurde ein Zuzahlungsmodell entwickelt, das wir eben heute beschließen werden, und damit schaffen wir eine Grazer Sozialstaffel, die an bisherige angelehnt ist. Damit können wir sicherstellen, dass in unserer Stadt die Eltern auch weiterhin ähnliche Tarife bezahlen

werden wie bisher, und jene zum Beispiel die eine Acht-Stunden-Betreuung wählen, die das neue Gesetz eben auch neu vorsieht, würde es zum Beispiel dadurch zu einer deutlichen Senkung der Kosten kommen. Es wurde hier also versucht auch zeitnah eine Lösung für Graz zu finden, ich möchte mich deswegen stellvertretend für Stadtrat Kurt Hohensinner auch beim Stadtrat Manfred Eber, der über das Finanzressort hier tatsächlich mitgearbeitet hat, sehr herzlich bedanken. Eine zeitnahe und rasche Lösung ist selbstverständlich im Interesse aller, die hier beteiligt sind, weil wir natürlich auch bis zur nächsten sozusagen Eintrittsphase entsprechend die Zeit nutzen müssen. So können nämlich schnellstmöglich die Elternbeiträge berechnet werden, und das ist wichtig, dass Eltern eben wissen, was ein Krippenplatz in Zukunft kosten wird. Dementsprechend gilt der Dank natürlich auch an ABI herzlich noch einmal auszurichten. Bei aller Freude über den Beschluss möchte ich trotzdem noch darauf hinweisen, dass es natürlich eine wichtige Maßnahme ist, aber ohne weitere Maßnahmen werden wir spätestens im nächsten Betreuungsjahr vielen Eltern mitteilen müssen, dass es keinen Platz für ihre Kinder in entsprechenden Einrichtungen gibt. Es gab von Kurt Hohensinner bereits zahlreiche und häufig formulierte Vorschläge und dringende Appelle, sich dieser Sache anzunehmen, das ist leider bisher ungehört verhallt, da gibt es um echte Lohnerhöhung, um die Ausbildungsoffensive und 14 zusätzliche Gruppen pro Jahr. Das ist auch bereits im Gemeinderat mehrfach Thema gewesen, und ich appelliere daher noch einmal ganz dringend an alle, die das bisher abgelehnt haben, man möge diesen Beschlüssen bitte endlich zustimmen, sie sind wichtig. Sie sind für Graz wichtig, und sie sind, wenn man heute die Zeitung gelesen hat und die Pläne von Seiersberg, und da gibt es im Umland von Graz zahlreiche Gemeinden, die hier entsprechend Maßnahmen setzen werden, einfach auch, sowohl was das Personal als auch natürlich die Kinder den Betreuungsschlüssel anbelangt, in Graz tatsächlich große Probleme, die auf uns zukommen, und wie wir hier im Gemeinderat mit einem Beschluss, wie wir ihn schon sehr lange fordern, entschärfen könnten. Dieser dringende Appell möge bitte kein bitterer Beigeschmack sein, aber das ist ein Stück und es fehlen noch zahlreiche für eine ordentliche Lösung. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen. Jede Verbesserung ist wunderbar, dieses Stück ist eine Verbesserung und deshalb werde ich heute in dem Fall, weil die Kollegin erkrankt ist, gerne zustimmen. Aber die Qualität vom Modell ist für mich schon alleine deshalb fragwürdig, weil es hier unglaublich viele Listen gibt, und die Berechnungen und diese Einstufungen, und insbesondere der Passus, den ich gerne noch einmal vorlesen möchte: Die Höhe der Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben ist aufgrund der weiteren geänderten Parameter zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzbar. Aus diesem Grund soll nach einem Jahr eine Evaluierung der neu eingeführten Sozialstaffel der Stadt Graz erfolgen, bei der die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden. Das riecht nach sehr viel Bürokratie und die ist zu hinterfragen. Bildung und elementare Bildung ist notwendig und sollte etwas kosten. Das heißt, ich kann nur an Sie alle appellieren, denken wir einen Schritt weiter, und machen wir Elementarbildung für alle kostenfrei zugänglich. Setzen wir uns dahin und investieren wir ein paar mehr Millionen da hinein, weil, wie schon der Kollege angesprochen hat im Finanzausschuss, wir beschließen sehr, sehr leicht viele, viele Millionen, durchaus sinnvoll in vielen Bereichen, aber bei der Bildung, da setzen wir uns immer her, da und die Staffel und so weiter, geben wir uns einen Rück, machen wir den Zugang zur elementarer Bildung kostenfrei. Dafür werde ich mich einsetzen.
Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Regierung, sehr geehrte Kolleg:innen, liebe Zuschauer:innen im Livestream. Natürlich begrüßen wir, dass es einen Landesbeschluss dazu gegeben hat, zur Novellierung des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und wir im Zuge dessen die Tarife angleichen. Also ich habe bei diesen Diskussionen mithören dürfen, und ich weiß, wie viel Arbeit das für die Abteilung für Bildung und Integration bedeutet hat, diese Tarife überhaupt zu berechnen, also überhaupt irgendwelche Prognosen zu stellen. Das heißt, lieber Philipp, man kann da gar keine

Zahlen stellen, weil das einfach viel zu komplex ist, da müsste man sich mit sehr komplexen Simulationsberechnungen auseinandersetzen, und ich glaube, diese Kosten können wir nicht stemmen in unseren Abteilungen. Deswegen, eine Evaluierung nach einem Jahr ist absolut im Rahmen und hier zu entscheiden, wie es aussehen wird in unserer Stadt. Die 21 Stufen, die du kritisierst, das ist einfach eine Angleichung an die neuen Regelungen, die im Landtag beschlossen wurden. Wir können uns auch gerne zusammensetzen und darüber reden, wenn dich das interessiert. Da würde ich gerne darüber reden. Also das ist keine Raketenwissenschaft aber kompliziert genug, dass man länger darüber reden kann. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das gut durchziehen werden. Eine Sache habe ich aber allerdings zu kritisieren, im Rahmen dieser Angleichungen ist eine Rückstufung, also, wenn jemand alleinerziehend war, was das in Graz bis jetzt üblich, dass man da rückgestuft wurde, das fällt jetzt weg, leider. Da müssten wir noch darüber diskutieren, wie da in Zukunft damit verfahren werden, aber dem Stück werden wir auf jeden Fall zustimmen. Danke sehr (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Es liegt ein Missverständnis vor, liebe Kollegin. Ich verstehe das schon, die Sozialstaffelung, ich stelle sie per se in Frage, ob es nicht andersrum besser wäre. Weg damit. Kostenfreier Zugang für Bildung, für alle. Das war mein Punkt, ich sage es noch einmal ganz klar. Weil, was haben wir jetzt mit diesen ewigen Evaluierungen? Dass sich die Eltern auf nichts verlassen können. Wer werden wir nächstes Jahr zahlen? Haben wir nächstes Jahr einen Halbtagesplatz, einen Ganztagesplatz? Das müssen wir alles evaluieren. Das ist ein Problem, aber gehen wir es grundlegend an. Das ist meine Forderung. Wir stimmen zu, weil es eine Verbesserung ist, aber es geht noch besser. Stellen wir uns der Herausforderung. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder

**7.11 Stk. 7) A10/8-096280/2023-0002
A10/1-101429/2023-0002**

**Schulstraßen – allgemeine Vorgehensweise
und Ablauf zur Umsetzung,
Grundsatzbeschluss**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Gemeinderätinnen und -räte, und alle Zuseher:innen live, und eigentlich, der Livestream ist abgebrochen, aber ab morgen nachvollziehbar, deshalb auch im Livestream. Ich darf heute ein weiteres Stück zu dem heute so oft schon zitierten, oder dem großen Mobilitätskonzept, an dem es angeblich mangelt, ich darf ein weiteres Puzzlestück dazu vorstellen. Es geht ja um nicht mehr und nicht weniger als einer Wende in der Verkehrspolitik, hinsichtlich Klimaschonung und Klimaschutz. Und es geht hier um die Schulstraßen, die vor allem auch aus Sicherheitsfragen hier zum Thema werden. Die 33. Novelle der StVO sieht erstmalig das Instrument der Umsetzung von Schulstraßen vor. Im Büro der Vizebürgermeisterin kommen sehr viele Anfragen, Beschwerden, Bedenken und Hinweise darauf, dass die Sicherheitsfrage, vor allem im Nahbereich von Schulen, im Moment sehr fraglich ist beziehungsweise, dass viele Eltern vor allem, aber auch die Schulleitungen, aber auch Bezirksrät:innen große Sorge haben, um die Sicherheit vor allem der Volksschulkinder. Insofern sieht diese 33. Novelle mit dem Instrument der Schulstraßen eine Möglichkeit vor, hier entgegenzuwirken. Es geht darum, jetzt habe ich ein bisschen den Faden verloren, dass zwei Drittel aller Kinder mit dem Auto zur Schule geführt werden. Eine Entwicklung, die sich erst in den letzten 15 Jahren wirklich so richtig etabliert hat. Das Problem dabei ist, dass die Kinder selbst eigentlich zu Gefährdeten werden, obwohl der Hintergrund oftmals das Argument ist, man möge die Kinder schützen. Aber gerade im Nahbereich ist das ein großes Problem, weil der Nahbereich von Schulen ist nicht geeignet für das, sozusagen in einem kurzen Zeitraum, Bringen und Holen von Kindern mit dem Autoverkehr und mit privaten Pkws. Deshalb sieht diese StVO-Verordnung vor, dass man eine Schulstraße errichtet und damit absperren kann, das heißt, der Nahbereich, also 300 Meter auf und ab können

mit Scherengittern abgesperrt werden, und diese Straße darf dann sehr wohl von Anrainer:innen, von Einsatzfahrzeugen, von Müllfahrzeugen befahren, aber vor allem auch von den Kindern und begangen werden. Es ist vorgesehen, dass sie sich auch im Straßenraum bewegen dürfen, nicht mutwillig den Verkehrsfluss verzögernd, aber sie dürfen sich frei bewegen. Dieses Konzept hat das Amt für Verkehr und das Straßenamt sich genauer angesehen, und vielen Dank an die Abteilungen, sie haben hier ein Konzept erarbeitet, um diese Schulstraßen-Verordnung in Graz umzusetzen. Dieses Konzept sieht vor, dass dieser Bereich abgesperrt werden kann, und dass es grundsätzlich eines Antrages von Seiten der Schulleitung bedarf, es können aber auch Bezirksleitungen dies beantragen, in Absprache auch allerdings wieder mit der Schulleitung, denn die Schulleitung muss gewährleisten, dass zumindest eine Person für die Aufstellung dieser Absperranlagen, den Scherengittern, zu Verfügung steht. Auf der anderen Seite sozusagen der Straße, wird diese Absperrung von der Stadt Graz übernommen, das heißt, die Stadt stellt eine Person zur Verfügung für die tägliche Bewerkstellung dieser Absperrung in der Straße. Gleichzeitig wird auch vorgesehen, dass geprüft wird, ob eine Hol- und Bringzone sehr wohl für Eltern, die ihre Kinder mit dem eigenen Pkw zur Schule bringen müssen, dass dies zur Verfügung steht, also man verhindert dadurch nicht, dass Kinder, die von weiter weg herkommen, die Schule nicht erreichen könnten, und keinen öffentlichen Verkehrsanschluss zum Beispiel haben, aber diese letzten Meter sollen dem Gehen der Kinder gewidmet sein, dabei beachtet man auch, oder das zeigen auch schon Untersuchungen in Wien, in Schweden, in ganz Europa, dass diese Maßnahmen dazu führen, dass Kinder sehr wohl viel konzentrierter am Schulunterricht teilnehmen können und aktiver sich beteiligen und der Lernerfolg verbessert ist. Das liegt wohl daran, an der Bewegung, die sie machen, und an der frischen Luft, die sie damit einatmen. Das sind statistisch erhobene Daten, und natürlich wird damit eigentlich auch gewährleistet, dass die Kinder hier sich als selbstständige Verkehrsteilnehmer erleben, und damit auch dem Verkehrsraum sozusagen behutsam zugeführt werden, um damit umgehen zu können. Wie ist das Verfahren? Das Verfahren sieht vor, dass ein Antrag gestellt wird, ein einfacher Antrag durch die Schulleitung an das Straßenamt und an das Verkehrsamt,

und diese nehmen dann eine genaue Prüfung vor, ob die Situation geeignet ist, denn solche Schulstraßen lassen sich nicht in höherrangigen Straßen mit hoher Netzwirkung umsetzen, sie lassen sich nicht umsetzen in Bereichen mit öffentlichem Verkehr, dort kann diese Form der Schulstraße nicht errichtet werden. Es sollen, das muss ich jetzt noch dazusagen, es sollen pro Jahr, es sind vorgesehen, drei Errichtungen von Schulstraßen, der Bedarf ist durchaus höher. Es wird jedenfalls jedes einzelne Ansuchen geprüft auf die Umsetzbarkeit, und die Mittel können derzeit, wenn sie bei drei bleiben, aus dem ordentlichen Budget zur Verfügung gestellt werden, das heißt, es braucht keine eigenen Beschlüsse dazu. Über eine weitere Fortführung oder Erhöhung dieser Anzahl, darüber kann noch befundet werden. Begleitend wird natürlich eine Informationskampagne von statten gehen, es werden natürlich die Anrainer informiert, es werden auch Gewerbetreibende einbezogen in diesen Kommunikationsprozess, man wird untersuchen, ob die Stellplätze dort sozusagen möglich sind zu befahren, beziehungsweise wie weit das Einfluss nimmt auf ihre Tätigkeit. Klarerweise werden auch spezielle Informationsprogramme für die Kinder vorgesehen, damit die bestmöglich vorbereitet werden auf diese Maßnahme, aber natürlich auch für die Eltern. Die Geschätzten jährlichen Kosten betragen für die bereitgestellte Person durch die Stadt Graz etwa 7.300 Euro, und die Erhebungen zum einen, aber auch die vorgesehenen Evaluierungen zu dieser Implementierung der Schulstraßen betragen insgesamt 20.000 Euro pro Schulstraße, aber wie gesagt, das ist sehr wohl schon bereits im ordentlichen Budget budgetiert. Ich möchte daher im Namen des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung im Gemeinderat beantragen, er wolle beschließen:

1. Der im Motivenbericht beschriebenen Vorgehensweise wird zugestimmt.
2. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, unter Beiziehung der inhaltlich relevanten Magistratsabteilungen und städtischen Unternehmungen die Umsetzung der Maßnahmen laut Motivenbericht durchzuführen.

Ich bitte um breite Zustimmung. Im Übrigen, ich Ausschuss haben wir das einstimmig beschlossen (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der im Motivenbericht beschriebenen Vorgehensweise wird zugestimmt.*
- 2. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, unter Beiziehung der inhaltlich relevanten Magistratsabteilungen und städtischen Unternehmungen die Umsetzung der Maßnahmen laut Motivenbericht durchzuführen.*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Selbstverständlich unterstützen wir von der ÖVP dieses Ansinnen, dass Kinder sicher zur und von der Schule kommen sollen, dass sie auch möglichst frühzeitig als selbstbewusste und selbstständige Verkehrsteilnehmer:innen sozusagen erzogen werden, indem sie eben sowohl über Gefahren als auch die Sicherheitszonen entsprechend aufgeklärt sind und auch wissen, wie sie diese benutzen können. Wir haben auch selbst schon in diesem Zusammenhang einen Antrag eingebracht, da ging es um die Nibelungenschule, das war vor wenigen Monaten, ich nehme an, die meisten können sich daran erinnern. Was uns besonders wichtig ist, ist, dass sämtliche Institutionen und Personen, die hier etwas Wesentliches beitragen können, zur Gesamtgefüge eingebunden sind, deswegen dürfen wir hier anregen, zusätzlich noch einmal gewisse Stellen entsprechend miteinzubinden und ich darf deswegen namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag

stellen:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass

1. vor Antragstellung auf Einführung einer Schulstraße durch die Schulleitung oder den Bezirksrat das jeweilige Schulforum zu befassen ist, ich nehme an, dass alle wissen, dass sich in Schulen eben nicht nur die Schulleitung, sondern auch entsprechend andere Beteiligte am Gesamten hier einbringen, das ist mittlerweile ja sehr üblich, und, dass hierüber ein entsprechender Beschluss zu fassen sei;
2. dem betroffenen Bezirksrat in allen oben dargestellten Antragsvarianten auf Einführung einer Schulstraße ein Anhörungsrecht eingeräumt wird;
3. der Abteilung für Bildung und Integration ein Antragsrecht auf Einführung einer Schulstraße sowie vor Einführung einer Schulstraße ein Anhörungsrecht eingeräumt wird, angesichts der Expertise, die sehr oft von uns allen hier gelobt wird und die entsprechend vorhanden ist, glaube ich, eine sehr zulässige Bitte;
4. der zuständigen Polizeiinspektion ein Anhörungsrecht eingeräumt wird sowie
5. nach einem Jahr nach Einführung einer Schulstraße beziehungsweise in weiterer Folge alle zwei Jahre eine Evaluierung derselben jeweils unter Einbindung der vorgenannten Stakeholder durchgeführt wird.

In diesem Sinne hoffen wir, dass mit dieser Ergänzung das Thema der Schulstraßen noch entsprechend abgesichert wird, und das natürlich vor allem unter dem Aspekt, dass uns besonders wichtig ist, und das eint uns, glaube ich, alle, dass die Sicherheit der Kinder hier auf alle Fälle im Vordergrund stehen muss, deswegen bitte ich hier um breite Zustimmung zum Zusatzantrag. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Die Einführung einer Schulstraße trägt zweifellos zur Erhöhung der Sicherheit des Schulweges unserer Volksschulkinder sowie zur Erlangung seiner selbständigen Bewältigung durch sie bei.

Aus unserer Sicht sind jedoch maßgebliche Verantwortungsträger in Schul-, Bezirks- und Verkehrsfragen nicht oder nur unzureichend im Rahmen der Einführungen einer Schulstraße eingebunden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs zum angeführten TOP 7 folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- 1. vor Antragstellung auf Einführung einer Schulstraße durch die Schulleitung oder den Bezirksrat das jeweilige Schulforum zu befassen ist und einen entsprechenden Beschluss darüber zu fassen hat;*
- 2. dem betroffenen Bezirksrat in allen oben dargestellten Antragsvarianten auf Einführung einer Schulstraße ein Anhörungsrecht eingeräumt wird;*
- 3. der Abteilung für Bildung und Integration ein Antragsrecht auf Einführung einer Schulstraße sowie vor Einführung einer Schulstraße ein Anhörungsrecht eingeräumt wird;*
- 4. der zuständigen Polizeiinspektion ein Anhörungsrecht eingeräumt wird sowie*

5. *nach einem Jahr nach Einführung einer Schulstraße beziehungsweise in weiterer Folge alle zwei Jahre eine Evaluierung derselben jeweils unter Einbindung der vorgenannten Stakeholder durchgeführt wird.*

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer:innen, der hoffentlich wieder funktionieren wird. Als erstes möchte ich noch einmal sagen, wie sehr ich mich freue, dass wir diesen Beschluss heute fassen werden. Die Claudia hat es ganz richtig gesagt, ich glaube, das ist ein sehr parteiübergreifendes Anliegen. Viele von uns setzen sich seit Jahren dafür ein, dass es mehr Schulstraßen in Graz gibt. Was ich noch erwähnen möchte, weil es jetzt noch im Bericht gar nicht vorgekommen ist, es werden dieses Jahr schon drei Schulstraßen umgesetzt, nämlich die Aribonenstraße in Straßgang, die Schulgasse in Waltendorf und eben auch die Nibelungengasse, wo es ja auch ganz viele Schüler:innen und Menschen gab, die sich dafür eingesetzt haben. Warum ist es so wichtig, Schulstraßen zu ermöglichen? Ich beschreibe es jetzt auch noch einmal einfach für die Zuschauer:innen draußen, die das vielleicht noch nicht so kennen. Ich habe selbst einen Sohn, der in die erste Klasse geht, und hier haben einige von euch, glaube ich, auch Kinder im Volksschulalter, der Michi und ich sehen uns öfters in der Schule, und dann erlebt man das wirklich tagtäglich. Im Kindergarten ist es ja noch irgendwie gestaffelt mit dem Bringen, weil der Kindergarten keine fixe Beginnzeit hat, und ab dem Schulalter ist es dann so, dass wirklich Hunderte gleichzeitig in Richtung Schulgebäude strömen, und wenn dann halt zwei Dritte von den Kindern, wie wir gerade gehört haben, mit dem Auto gebracht werden, löst das Situationen aus, die wirklich unangenehm sind für alle Beteiligten. Das ist ein unglaublicher Stress in der Früh, und ich kenne wirklich persönlich sehr viele Eltern, die sagen, sie würden eigentlich gerne die Kinder zu Fuß gehen lassen, aber sie trauen sich nicht, weil es zu gefährlich ist mit den Autos. Und das ist, glaube ich, die Situation, die wirklich viele Familien gerade haben, die eigentlich nah an der Schule wohnen, wo es eigentlich gut schaffbar wäre, dass man zu Fuß oder mit dem Rad oder

wie auch immer kommt, aber die sich einfach nicht trauen. Und mit den Schulstraßen schaffen wir jetzt wirklich die Möglichkeit durch diese kurze Sperre von einer halben Stunde vor Schulbeginn, dass man sich gefahrlos vor der Schule bewegen kann. Und ich glaube, es werden sich wirklich, wirklich viele Kinder und Familien darüber freuen, dass das jetzt einfach sicherer und angenehmer wird in der Früh. Zum Zusatzantrag konkret, danke für diese Anregungen, die im Zusatzantrag drinnen sind. Wir werden darum ersuchen, den Zusatzantrag getrennt abzustimmen, weil wir dem zweiten Punkt zustimmen wollen, weil es tatsächlich auch so sein sollte, dass der Bezirksrat auch, wenn jetzt der Antrag von der Schule kommen würde, auch zusagen angehört werden soll, das ist sehr wichtig. Bei den anderen Punkten sehen wir es so, ehrlicherweise, und ich glaube, das wissen alle von euch, die mit Schulen oder Eltern in Kontakt sind, die haben so viele Wünsche für Schulstraßen, dass wir einfach diese Verfahren schnell machen müssen, und einfach die Schulstraßen auf den Boden bringen müssen. Es ist wirklich bei vielen Schulstandorten in Graz seit Jahren der gemeinsame Wunsch von Eltern, von Bezirksräten, Schulen. Ihr kennt sicher auch die betreffenden Standorte. Und deswegen sind einfach bei allem, was jetzt die Verfahren noch einmal aufwendiger macht, und ich haben gehört, es ist sowieso schon relativ aufwendig, skeptisch. Wir wollen die Sachen auf den Boden bringen, für die Eltern, für die Kinder, für die Schulen. Und zum Beispiel jetzt bei dem Punkt, der das ABI betrifft, gehe ich davon aus, dass das ABI auch mit den Schulen in Kontakt ist, und dass es da eine Abstimmung gibt. Und was auch sehr wichtig ist natürlich, ist, dass auch neue Schulstandorte gleich mitgedacht werden, also, wenn jetzt im GRIPS-Programm etwas Neues gebaut wird. Also das sehen wir alles so, natürlich, Einbindung von allen, aber wirklich beim Schulstraßenthema bin ich davon überzeugt, dass hier an sehr vielen Orten ein breiter Konsens ist, dass hier etwas passieren soll, und dass wir endlich die Sachen wirklich auf den Boden bringen müssen und möglichst schnelle Abläufe in der Verkehrsplanung garantieren müssen, weil die Kinder warten darauf (*Appl.*).

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Wieso ich mich zu Wort melde, ist nicht, weil ich Kinder im Vorschulalter habe, sondern die Enkelin wird erst vier oder fünf Jahren soweit sein. Wieso wir ganz bewusst das ABI noch einmal genannt haben, hat den Grund, dass wir bei neuen Schulstandorten, und das ist mir sehr wichtig, das noch einmal zu betonen, schon im Vorprojekt oder in der Projektphase der Planungsphase, darüber nachdenken im Zusammenhang mit dem Straßenamt, mit der Verkehrsplanung, mit der gesamten Erschließung, wenn ich das so sagen darf, des neuen zur projektierenden Schulstandortes, das ABI schon rechtzeitig einbinden, damit sozusagen hier schon die Überlegungen miteinfließen können in die Projekterstellungen, in den Planungsausschreibungen, wie auch immer, ich glaube, dass das ABI schon zu diesem Zeitpunkt insbesondere bei neuen Schulstandorten rechtzeitig sozusagen eingebunden und um die Expertise gebeten werden sollte. Das war die Überlegung, wieso wir ganz bewusst bei neuen Schulstandorten das ABI miteinbeziehen möchten. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde mich gerne ganz kurz zu Wort melden, weil ich mich wirklich freue über das Stück. Ich freue mich vor allem, dass uns die StVO neu den Rückenwind gibt, und damit wir dem Wunsch von wirklich vielen Lehrern und Lehrerinnen, Schülern und Schülerinnen und auch Eltern nachkommen können, und Schulstraßen einführen können. Ich freue mich auch über das Stück und möchte zwei Namen erwähnen, nämlich die Barbara Ender vom Straßenamt und die Gabi Herzog von der Verkehrsabteilung, die sich die Mühe gemacht haben, dieses Stück auszuarbeiten und ein konkretes Prozedere vorzuschlagen, wie wir das zustande bringen. Ich und wir haben uns das genau angeschaut, finden das sehr durchdacht und nachvollziehbar, wie der Prozess ist, und der aus fachlicher Hinsicht sozusagen uns vorgeschlagen wurde, und den wir gerne so übernehmen. Wie gesagt, die Anregung, dass die Bezirksvertretung auch Anhörrecht hat, das nehmen wir gerne auf. Wir wollen aber

nichts unnötig verkomplizieren, weil wir endlich einmal ins Tun kommen wollen. Wir warten schon so lange beziehungsweise so viele Schulen, Eltern, Lehrer:innen warten darauf, dass wir endlich ins Tun kommen. Erwähnt war ja schon, glaube ich, die Nibelungengasse und auch andere, wo nur noch wenige Meter fehlen, damit wir es umsetzen können, nämlich jetzt sozusagen das Prozedere, und wir wirklich damit einen großen Schritt weiterkommen, was die Verkehrssicherheit und auch das Lernen im Straßenraum selbstständig unterwegs zu sein für Kinder ermöglicht und darüber freue ich mich sehr. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke, liebe Frau Vizebürgermeisterin. Ich kann mich dem nur anschließen. Ich habe mich nämlich auch richtig gefreut, dass die StVO uns das jetzt auch ermöglicht hat und wir endlich das angehen können, weil ich nur aus Erfahrung sagen kann, auch aus den letzten fünf Jahre, wo ich für den Verkehr zuständig war, das war ein Riesenvunsch, immer schon, von unheimlich vielen Eltern, auch Lehrern. Und dass wir das jetzt in Angriff nehmen können, dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Möchtest du noch ein Schlusswort oder können wir gleich zur Abstimmung kommen?

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Für mich ist alles debattiert worden. Also kein Schlusswort.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG, FPÖ und Lohr) angenommen.

Der Zusatzantrag (Punkte 1, 3, 4 und 5) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ und Lohr) abgelehnt.

Der Zusatzantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.

Berichterstatter: GR DI Topf

**7.12 Stk. 8) A10/5-001968/2008/0040 Sachprogramm Grazer Bäche –
Vorhabensbeschluss Hochwasserschutz
Schöcklbach
4. Bauabschnitt; Bach km 2,585 – 4,970;
Rotmoosweg bis Stadtgrenze Annahme des
Finanzierungsvertrages gemäß
Wasserbautenförderungsgesetz idgF**

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, vor allem werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Einzugsbereich dieses Projektes. Es geht um das Sachprogramm Grazer Bäche, den Vorhabensbeschluss für den Hochwasserschutz beim Schöcklbach. Ist, glaube ich, ein sehr wichtiges Projekt. Es geht um den vierten Bauabschnitt, das Bachkilometer 2,585 bis 4,970, also der Bereich Rotmoosweg bis zur Stadtgrenze. Ich darf vielleicht ganz kurz das Projekt beschreiben, die Hochwassersanierung des Schöcklbaches ist ja schon ein längerfristiges Projekt, vielleicht kann sich noch jemand erinnern an das Sachprogramm Grazer Bäche, das immer wieder evaluiert und auch fortgesetzt, und auch da und dort etwas abgeändert und auf den neuesten Stand gebracht wird. Für die Hochwassersanierung des Schöcklbaches ist die Errichtung von zumindest zwei Rückhaltebecken und ein durchgehender Bachausbau erforderlich. Man muss aber dazu auch sagen, das ist gestern ja auch entsprechend vorgestellt worden, dass wir durch diesen Ausbau auch aufgrund der Platzsituation maximal einen HQ₅₀ erreichen können, der Standard wäre HQ₁₀₀, aber es ist eben aus Gründen, dass das eben dort baulich nicht umsetzbar ist, auch aufgrund der entsprechenden Konfiguration des Geländes „nur“ ein HQ₅₀ möglich. Es ist ja auch im Projekt beschrieben, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, der Bachausbau Mündung Mur bis Andritzer Reichsstraße, das war das erste Stück, Fertigstellung 2009, dann Andritzer Reichsstraße, die Fortsetzung Richtung Prochaskagasse, Fertigstellung 2010, Rückhaltebecken Weinitzen 2, das zweite fehlt noch, Fertigstellung 2012 und der

Bachausbau Prochaskagasse bis Rotmoosweg, das ist also das letzte Stück vor dem jetzt zu beschließenden Stück des Ausbaus 2021. Was ganz erfreulich ist, und das möchte ich durchaus betonen, weil es ja auch um die finanzielle Bedeckung dieses Großprojektes geht, dass es gelungen ist, mit entsprechenden ökologischen Begleitmaßnahmen und die Ausgestaltung des Bachverlaufs, also das ist sehr wichtig, dass wir durch die Verbreiterung des Bachbereiches, des Gewässerbereiches auch ökologische Ausgleichsflächen schaffen können, und dadurch ist es gelungen, den üblichen Finanzanteil der Stadt Graz, in etwa 30-33 %, ein Dritte, das war sozusagen immer der Anteil der Stadt Graz, dass man den Anteil der Stadt Graz auf 20,4 % senken konnte. Das heißt, also die Anteile des Bundes und des Landes sind an die 40-Prozent-Grenze herangerückt. Das ist also ein sehr erfreulicher Sachverhalt, eben aufgrund, dass hier ökologische Überlegungen im Gewässerbereich ganz stark in den Vordergrund gestellt wurden. Ich darf daher noch kurz zum Finanzmittelbedarf kommen, für die Jahre 2023 bis 2026 wird der Finanzmittelbedarf wie folgt in etwas abgeschätzt, Kostenbasis ist der Februar des heurigen Jahres, wenn ich das so sagen darf, weil immer wieder mit Kostensteigerung allenfalls zu rechnen wäre. Der Finanzmittelbedarf 2023 beträgt 50.000 Euro, 2024 600.000 Euro, ebenso im Jahr 2025, und der Finanzmittelbedarf für den Abschluss 2026 wird mit 492.200 angesetzt, sodass sich eine Summe von 1.742.200 Euro ergibt. Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Umsetzung des dringlichen Hochwasserschutzprojektes am Schöcklbach
4. Bauabschnitt, als Teilmaßnahme des Sachprogrammes Grazer Bäche, wird zugestimmt.
2. Der Abschluss des Finanzierungsvertrages, den ich hier auch kurz geschildert habe, wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme dieses Stücks (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Der Umsetzung des dringlichen Hochwasserschutzprojektes am Schöcklbach*
4. *Bauabschnitt, als Teilmaßnahme des Sachprogrammes Grazer Bäche, wird zugestimmt.*
2. *Der Abschluss des Finanzierungsvertrages (Anhang A) wird genehmigt.*

KO GR Mag. Pascuttini:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte. Nicht inhaltlich zum Stück, weil da sind wir natürlich dafür, aber thematisch passt es dann doch dazu, möchte ich an diese Anfrage unsererseits aus dem September 2022 erinnern, die leider noch nicht beantwortet wurde. Da geht es eben um den Hochwasserschutz in Graz, und ich würde mich wirklich freuen, wenn diese Anfrage mit den, ich sage, durchwegs interessanten Fragen, auch beantwortet werden würde. Da geht es eben darum, was ist in den letzten Jahren in den jeweiligen Bezirken passiert? Wir haben jetzt in der Zwischenzeit, es ist ja doch schon ein paar Monate her, selbst begonnen zu versuchen, das sich irgendwie zusammenzustellen, wo man hat man was gemacht, wo ist noch ein Bedarf? Weil ich würde hier wirklich bitten, dass man diese Anfrage zum Hochwasserschutz eben beantwortet, damit wir dann auch unserer Aufgabe nachkommen können und überprüfen können: Wo ist genug passiert? Wo ist noch nichts passiert? Hochwasserschutz ist zweifelsohne eines dieser Aufgabengebiete, das die Stadt jedenfalls bedienen muss, wo die Stadt jedenfalls jeden verfügbaren Euro hineinstecken sollte, weil wir heute schon über mögliche Aufgabenkritik gesprochen haben. Ich bitte darum, dass man natürlich dieses Stück auch annimmt. Ich schließe mich dem Antragsteller an und bitte auch, dass man diese Anfragen beantwortet. Dankeschön (Appl.).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich möchte noch etwas nachholen. Das ist mir nicht vorgelegen, aber es ist wichtig für das Protokoll, Frau Gemeinderätin Potzinger, Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic, Herr Gemeinderat Stücklschweiger und Herr Gemeinderat Brandstätter sind für die heutige Sitzung entschuldigt, und vor kurzem hat sich auch Gemeinderätin Herlicska bei mir entschuldigt aus Krankheitsgründen. Umso mehr freut es mich, dass unser ehemaliger Bezirksvorsteher aus Geidorf wieder bei uns ist in bewährter Weise. Also ich glaube, Sie sind einer der konstantesten Besucher unserer Gemeinderatssitzungen. Schön, dass Sie da sind (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (14.54 Uhr).

Berichterstatterin: Bgm.ⁱⁿ Kahr

**7.13 Stk. 12) A8-205500/2022/0032
A10-180325/2022/0001
A5-81775/2023**

**PG Küche Graz Neuerrichtung
Planungsbeschluss 2023-2025
I. Planungsbeschluss über 1.930.000 Euro
II. Budgetvorsorge, 2023 über
100.000 Euro**

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich darf das Gemeinderatsstück zur Küche Graz Neuerrichtung Planungsbeschluss 2023-2025 berichten. Die Küche Graz, die meisten kennen sie unter Zentralküche noch, wurde, und ich finde das sehr bemerkenswert, dass man das auch in diesem Zusammenhang einmal erwähnt, weil es ja über die Geschichte unserer Stadt Graz etwas aussagt, 1890 als Stiftung zur Speisung armer Schulkinder ins Leben gerufen. In den 30-Jahren führte damals die hohe Arbeitslosigkeit und die Versorgung der beschäftigungslosen Menschen und deren Kinder mit Essen dazu, dass die Stadt Graz 1933 das Gebäude einer ehemaligen Eisenwarenfabrik, das ist in der Körösisstraße Ecke

Kettengasse, kaufte, um hier eine zentrale Küche für die Essensbelieferung der zahlreichen Essensausgabestellen in Graz einzurichten. 1934 war damals der Umbau zur Zentralküche beendet. In den Jahren 1993 bis 1996 erfolgte ein Aus- und Umbau in der Zentralküche, der damals auf eine Kapazität von 5.000 Essensportionen täglich ausgelegt war. Im Jahr 2000 wurde baulich sowie technisch auf das System Cook & Chill umgestellt, was bedeutet, dass die Speisen frisch zubereitet werden, gekühlt und vor Ort individuell erworbt werden. Heute beliefert die Küche Graz Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Volksschulen, Neue Mittelschulen und natürlich auch einige soziale Einrichtungen in unserer Stadt Graz, das sind doch immerhin 160 Stationen, die hier täglich angefahren werden. Und fast 8.000, an manchen Tagen sogar bis zu 9.000 Portionen, werden hier frisch zubereitet und geliefert. Damit trägt unsere Küche Graz einen wesentlichen Teil zu einer gesunden Stadt und einer gesunden Ernährung unserer Kinder in den Betreuungseinrichtungen bei, vor allem durch die Verwendung regionaler Produkte nach saisonalem Angebot und von Bioprodukten. Aufgrund des Alters des Objektes, der vorhandenen Bausubstanz sowie der technischen Infrastruktur des Gebäudes ergibt sich, dass die bestehende Küche am aktuellen Standort in der Körösisstraße natürlich aber am Ende der Lebensdauer angedacht ist, also was die technische Seite betrifft, und auch mittel- beziehungsweise langfristig weder wirtschaftlich noch hygienisch einwandfrei zu betreiben ist. Und deshalb hat im Auftrag des Sozialamtes, das war schon in den Jahren 2019 und 2020, den Auftrag an die Firma Ronge & Partner, die in diesem Bereich große Erfahrungen haben, mit Großküchen, gebeten, eine vertiefende Expertise anzustellen, und diese Expertise und diese Erkenntnisse aus dieser Planung haben ergeben, dass eine Generalsanierung am derzeitigen Standort weder wirtschaftlich strategisch, noch organisatorisch sinnvoll ist, und daher ein Neubau an einem geeigneten Standort in unserer Stadt Graz empfohlen wird. Für den Neubau wurde dann von der Immobilienabteilung letztes Jahr ein Grundstück gefunden, und zwar in der Herrgottwiesgasse 161, ein Grundstück, das uns gehört, was auch gut ist, und ein Ausmaß von 4.861 m² hat und somit allen Anforderungen, die wir künftig hin für diese Küche Graz brauchen, auch bietet. Es gibt viele gute Gründe, warum dieser Neubau der

Küche notwendig und wichtig ist, sie sind im Stück auch alle angeführt. Ich will nicht so ausführlich sein, deswegen möchte ich vor allem zwei Punkte ganz wesentlich erwähnen, erstens einmal brauchen es wir natürlich für unsere Beschäftigten, weil das eigentlich untragbar ist, unter welchen Bedingungen sie jetzt hier arbeiten. Wir wollen auch aber natürlich eine Kapazitätsausweitung machen, das brauchen wir in unserer Stadt Graz, im Wissen, dass unsere Stadt gewachsen ist, wir weitere Schulen, Betriebe und andere soziale Einrichtungen auch beliefern müssen und auch wollen, und deshalb auch die Kapazitätserweiterung künftighin bis zu 15.000 Portionen täglich ermöglichen soll. Wichtig ist auch, dass die Technik, die neue, dann ermöglich, effizientere Abläufe in der Produktion, in der Logistik aber vor allem auch was die nachhaltige Energienutzung betrifft. Und wichtig ist auch, dass wir Synergien mit landwirtschaftlichen Produktionen ermöglichen wollen, um regionalitätsfreundlich, wie gesagt, nachhaltig und auch kostenschonend arbeiten können. Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, weil wir haben eine sehr gute Diskussion im Ausschuss geführt, wo viele Überlegungen, auch eben was die künftige Ausrichtung betrifft, eingebracht wurden, und möchte jetzt schon für meine Fraktion sagen, dass wir dem Zusatzantrag der ÖVP, der noch eingebracht wird, gerne zustimmen, weil sowohl diese Punkte als auch weitere, in der Diskussion weiterhin einfach Sinn machen, aber wir heute natürlich vor allem den Startschuss für die Planung geben möchten. Und deshalb möchte ich auch erwähnen und, ich weiß nicht, ob der Stadtrechnungshofdirektor auch hier ist, möchte ich mich auch bedanken für die begleitende Zuarbeitung, Kontrolle und Überprüfung, es hat hier auch ein ausführliches Gespräch mit den Kolleg:innen vom Sozialamt gegeben, und ich wir sind sehr froh, dass wir eine positive Beurteilung bekommen haben, und dass das auch sehr gelobt worden ist, wie bisher die Planungsarbeiten und die Kostenerstellung erfolgt ist. Das ist wird natürlich die weitere Begleitung durch den Stadtrechnungshof erfolgen. Wichtig ist, dass die Stadtbaudirektion, Referat Hochbau, wirklich jetzt einen unweiten, offenen Realisierungswettbewerb vorbereitet und auslobt, und die GBG wird dann mit der Umsetzung der ersten Planungsphase beauftragt werden. Also Grundlage für die Kosten dient jetzt natürlich die Kostenaufstellung der GBG, auf Basis der Vorstudie von

Ronge & Partner und aus heutiger Sicht, liegen die Vorhabenskosten insgesamt bei 21,5 Millionen Euro, das ist die Prognose, und für die benötigten Planungskosten für den Neubau der Küche bis zum Vorhabensbeschluss ergeben sich Kosten von 1,93 Millionen Euro. In diesem Zusammenhang noch ein einmal ein großes Danke an alle Sozialsprecher und -sprecherinnen aller Fraktionen hier im Haus, für die konstruktiven Diskussionen zuletzt, aber auch schon die Jahre zuvor, um überhaupt so weit zu kommen. Ein besonderer Dank gilt natürlich den Kolleg:innen im Sozialamt, allen voran Dr.ⁱⁿ Fink und natürlich auch den Kollegen in der Baudirektion, der GBG aber auch der Immobilienabteilung, die für das Grundstück gesorgt hat, aber vor allem natürlich dem Leiter der Küche Graz, Herrn Gerngroß und allen Beschäftigten dort, die wirklich in vorbildlicher Weise die letzten Jahre hier gearbeitet haben und auch noch arbeiten müssen, aber sich natürlich sehr freuen, wenn wir diesen Grundsatzbeschluss heute fassen. Und deshalb stelle ich den Antrag im Namen des Sozialausschusses:

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen und für die Planung der Küche Graz werden die Planungskosten in Höhe von 1.930.000 Euro erteilt. Davon fallen 100.000 Euro im Jahr 2023, 1.590.000 Euro im Jahr 2024 und 240.000 Euro im Jahr 2025 an.
2. Die Bedeckung von 1.930.000 Euro für 2023 bis 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds.
3. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt mit der Durchführung eines EU-weiten Realisierungswettbewerbs.
4. Die Planungsleistungen wird die GBG übernehmen und als In-House-Kundenauftrages als Generalunternehmerin mit der Umsetzung beauftragt.

5. Nach Übergabe des fertig gestellten Bauprojekts erfolgt die Nutzung durch die Stadt Graz und die Verwaltung durch die Hausverwaltung der GBG, wobei die Betriebs- und Instandhaltungskosten von der Stadt Graz zu tragen sind.

Danke vielmals und herzlichen Dank, hoffentlich, für die Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. *Planungsbeschluss PG Küche Graz Neuerrichtung über 1.930.000 Euro in 2023 – 2025*

Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen und für die Planung der Küche Graz wird die Planungsgenehmigung über 1.930.000 Euro exkl. USt. erteilt. Davon fallen 100.000 Euro im Jahr 2023, 1.590.000 Euro im Jahr 2024 und 240.000 Euro im Jahr 2025 an.

2. *Der Budgetvorsorge in Höhe von 100.000 Euro für 2023 wird zugestimmt. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2023 werden wie folgt geändert:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
220	899000	1.061000	12204480	Küche Graz Neuerrichtung / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.220448	+ 80.000	
150	899000	1.061000	11503030	Küche Graz Neuerrichtung / Im Bau befindliche Gebäude und Bauten	D.150303	+ 20.000	
180	899000	2.346000		Investitionsdarlehen		+ 100.000	

Die Budgetmittel für die Jahre 2024 und 2025 werden in SAP auf den oben angeführten Budgetkombinationen zur Verfügung gestellt.

Die Bedeckung von 1.930.000 Euro für 2023 - 2025 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds.

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds transformative Vorhaben geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

Die Stadt Graz trägt als wirtschaftlicher Bauherr die Investitionen und das Kostenrisiko.

- 3. Die Stadtbaudirektion/Referat Hochbau wird mit der Durchführung eines EU-weiten Realisierungswettbewerbs im Oberschwellenbereich beauftragt. Die Stadtbaudirektion wird als Nutzerunterstützung in allen weiteren Planungs-, und Realisierungsphasen die technische Projektbegleitung durchführen, als Schnittstelle zu den städtischen Baufachabteilungen agieren und zur Sicherung des baukulturellen Anspruches der Stadt Graz eingebunden.*
- 4. Für die Planungsleistungen wird die Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH (GBG) im Rahmen eines In-House-Kundenauftrages als Generalunternehmerin mit der Umsetzung beauftragt.*
- 5. Nach Übergabe des fertig gestellten Bauprojekts erfolgt die Nutzung durch die Stadt Graz und die Verwaltung durch die Hausverwaltung der GBG, wobei die Betriebs- und Instandhaltungskosten von der Stadt Graz zu tragen sind.*

GR Dr. Piffl-Percevic:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und im Gemeinderat, liebe Zuhörende hier und im Netz, mit dieser Zeitverzögerung bis morgen, aber die Technik macht es möglich. Frau Bürgermeisterin, ich möchte mich bei dir bedanken dafür, dass es möglich war in der Vergangenheit gerade auch auf die

Regionalität und die Gesundheit der Bevölkerung damit ein besonderes Augenmerk zu legen. Das ist ein Vorgang, der aus der Küche Graz heraus initiiert wurde. Und ich möchte mich deinen Dankesworten an den Leiter, Herrn Gerngroß und all seinen Mitarbeiter:innen namens unserer Fraktion sehr, sehr herzlich anschließen. Die Versorgung mit gesunden Lebensmittel, das ist das Wichtigste, was man in diesem Bereich unterstützen kann. Und die Küche Graz, wie du es dargelegt hast, war ein Sozialprojekt von Anfang an, in einer Zeit, wo das noch nicht selbstverständlich war. Und es ist auch, ich erinnere mich an die Debatte um das Jahr 2000, Cook & Chill, das war noch nicht in aller Munde, und es war großes Misstrauen auch gegeben. Ich glaube, es hat sich bewährt. Ich möchte an dieser Stelle gleich eine sozusagen Einfügung vornehmen, das ist die Verkehrsproblematik, die Logistik, die dort jetzt dann auch die Belieferung und dann die der Ablieferung des erzeugten Produktes auch natürlich besonders betrifft, ist an jedem Ort in der Stadt Graz natürlich ein Verkehrserreger. Aber ich glaube, dass Cook & Chill es ermöglicht, die Belieferung mit den Fertigprodukten sozusagen vom Tagesrhythmus, normal Mittagessen oder wie auch immer, zu entkoppeln, weil das nicht just in time sein muss. Und ich glaube, dass auch das bei der Verkehrsproblematik, die, nochmals, überall, aber auch dort in der Herrgottwiesgasse, eine besondere Rolle spielt, also miteingeplant werden sollte. Die Frau Verkehrsstadträtin, Frau Vizebürgermeisterin hat sozusagen den Ball ja auch jetzt schon aufgegriffen, sie blickt sehr aufmerksam in meine Richtung. Es gibt Sorgen aus dem Bezirk, das ist kein Geheimnis, aber nochmals, wir sind in der Lage, glaube ich, sozusagen nicht in der Prime-Time des Verkehrs hier diese Logistik abzuwickeln. Und ich glaube, eine der intelligentesten Technologien des 21. Jahrhunderts, ist die Logistik so zu verbessern, dass wir mit den bestehenden Kapazitäten, an denen man nicht viel schrauben kann, doch besser mit ihnen auskommen können, auch im Interesse der Umwelt und des Verkehrsflusses, der notwendig ist in einer Stadt. Zurück zum zu den regionalen Lebensmitteln. Frau Bürgermeisterin, du hast erst vor wenigen Tagen auch die Handelsketten, die Vertreter bei dir im Büro gehabt, um auch noch einmal das Bemühen für die Unterstützung der Regionalität unserer Lebensmittelproduktion und des Verzehr zum Ausdruck zu bringen. Das ist jetzt ein nächster Schritt in einem

weiteren Feld, das dann vor allem auch unseren kleineren und mittleren Landwirten neue Chancen bieten kann. Es geht auch um die Vorbearbeitung dieser Lebensmittel, die dann nicht nur für die Küche Graz, wenn dieses Logistikzentrum, auch für diese Landwirte ja eine besondere Rolle spielen kann, es würde dann auch, eben, wie du schon angedeutet hast, erstens bis zu 15.000 Portionen pro Tag, die hier erzeugt werden könnten, und eine, das ist ja die Idee dieser Logistik, dass auch die Bearbeitung und Vorverarbeitung von Lebensmitteln auch noch über diese Zahl hinaus, auch für andere Bedarfsträger, das ist ein Beispiel, das hier angebracht ist, bewältigt werden kann. Die Landwirtschaftskammer, das Bäuerliche Versorgungsnetzwerk ist hier voll eingebunden.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Dr. Piffl-Percevic:

Ein Zusatzantrag, ja. Die Frau Bürgermeister war so nett und hat ihn schon angekündigt und ich durfte mich gleich zu Wort melden, aber ich bin auch schon aufgrund der Zeit am Ende meiner Ausführungen, wiederhole nur, dass die Landwirtschaftskammer und alle bäuerlichen Organisationen hier beispielgebend eingebunden sind. Kollege Christian Kozina hat hier in diesem Saal vor kurzem eine Enquete ermöglicht, wo all diese Stakeholder, jetzt nicht mit Fleisch zu verwechseln (*Gelächter im Saal*), sondern das ist neutral natürlich, diese Stakeholder, das ist vor allem eben Gemüse und dergleichen. Alle die daran Teil haben, waren da eingebunden, auch dafür möchte ich mich bedanken. Ich glaube, ich sehe, auch der Landwirtschaftsreferent hier in der Stadt, der Herr Stadtrat Riegler ist hier eingebunden, ich sehe, es könnte, wenn wir uns alle weiterhin so bemühen, ein wirklich erfolgreiches Projekt auch in dieser Hinsicht werden. Daher stelle ich den Antrag, den Zusatzantrag aus voller Überzeugung und bitte, die Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Beim Neubau der Küche Graz in der Herrgottwiesgasse sollte auch das Thema Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Leider vermissen wir dabei ein Thema das seit Jahren in die Planungsprozesse der letzten Jahre eingeflossen ist komplett, der Food Hub der gemeinsam mit der Küche Graz miterrichtet werden müsste und der am genannten Gelände mitverwirklicht werden könnte.

Der Food Hub der von der Landwirtschaftskammer beziehungsweise dem Bäuerliches Versorgungsnetzwerk Österreich in Abstimmung mit der Stadt Graz konzipiert wurde, würde die Anlieferung, Lagerung, Verarbeitung, Verteilung von regional produzierten Lebensmitteln optimal unterstützen. So wäre die direkte Anbindung der regionalen Landwirtschaft an die Küche Graz gegeben, was immense Vorteile für beide Seiten bringen würden. Frische, regional und nachhaltig produzierte Lebensmittel würden quasi vom Feld auf die Teller der Grazerinnen und Grazer kommen.

Eines der Hauptziele von Food Hubs ist es, kleinen und mittleren Landwirten Zugang zu größeren oder zusätzlichen Märkten zu verschaffen, in diesem Fall zur Küche Graz. Wird das nun nicht mitgeplant, vergäbe die Stadt Graz eine Riesenchance was die Themen Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft betrifft sowie die Themen regionale, saisonale Versorgung und Verarbeitung anbelangt. Man könnte bei der Umsetzung damit europaweit ein Vorzeigeprojekt in Graz verwirklichen.

Der im Stück erwähnte Passus „Auch Synergien mit landwirtschaftlichen Produktionen könnten massiv imagefördernd, regionalitätsfreundlich, nachhaltig und kostenschonend wirksam aufgebaut werden“ sollte ergänzt werden um:

Beim Planungsprozess der Küche Graz neu, wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bäuerlichen Versorgungsnetzwerk Österreich das Thema Anlieferung und großküchentaugliche Weiterverarbeitung von Gemüse im Sinne der Nachhaltigkeit und Regionalität mitgeplant werden.

Die im Grazer Umland erzeugten bäuerlichen Produkte sollen zukünftig direkt bei der Küche Graz in einem „Food Hub“ verarbeitet werden und so viele Synergien nutzen und

die regionale Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen in Graz in unseren Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen revolutionieren.

Der Food Hub sollte auch als Abholmarkt fungieren, und so eine sehr gute Ergänzung zu unseren Bauernmärkten darstellen. Spezialitäten von den Bauernmärkten, welche nicht frisch verkauft werden können, könnten in dieser Form im Food Hub zum Verkauf angeboten werden beziehungsweise auch in die Verarbeitung gehen. Somit könnten wir das Thema Lebensmittelverschwendung auch offensiv angehen und viele Synergien nutzen. Eine Koch- und Schauküche sollte darin ebenfalls Platz finden, um den Grazerinnen und Grazern das Bewusstsein zu geben, wie Lebensmittel auch richtig verarbeitet und verkocht werden. In den Räumlichkeiten sollen auch viele Führungen, Schulungen und Veranstaltungen stattfinden, um den Menschen auch wieder das nötige Bewusstsein und Wissen vermitteln zu können.

Mit der Steirischen Landwirtschaftskammer gibt es einen kompetenten und neutralen Partner, welcher hier sehr viele praktische Tipps, Infos und Empfehlungen weitergeben kann. Die Seminarbäuerinnen und die Bäuerinnen Organisation ist dafür ausgerichtet, den Kindern und auch den Erwachsenen hier die nötigen Schulungen anzubieten. Somit können wir ein Kreislaufprojekt in Gang setzen, das österreichweit seines gleichen sucht. Die Küche Graz würde somit stark an Wertigkeit gewinnen, und eine noch viel wichtigere Position einnehmen. Die Themen Klima- und Umweltschutz, Nachhaltiges Denken und Handeln würden mit einem Schlag eine völlig neue Bedeutung in der Genusshauptstadt einnehmen.

Aus dem Food Hub heraus könnte man auch die Grazer Gastronomie und Hotellerie beliefern und sehr eng mit dem Graz Tourismus und der Genuss-Hauptstadt Graz zusammenarbeiten.

Es ist außerdem im Rahmen des Vorhabens Küche Graz Neu, in Verbindung mit dem Food Hub zu prüfen ob es Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem European Green Deal: Farm to Fork strategy for a fair, healthy and environmental-

friendly food system, gibt und gegebenen Falls die Planungen auf eine Unterstützung aus diesem Topf abzustimmen beziehungsweise anzupassen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Zusatzantrag:

Beim Planungsprozess der Küche Graz neu, wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bäuerlichen Versorgungsnetzwerk Österreich das Thema Anlieferung und großküchentaugliche Weiterverarbeitung von Gemüse im Sinne der Nachhaltigkeit und Regionalität mitgeplant werden.

Es ist im Rahmen des Vorhabens Küche Graz Neu in Verbindung mit dem Food Hub zu prüfen, ob es Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem European Green Deal: Farm to Fork strategy for a fair, healthy and environmental-friendly food system, gibt, und gegebenen Falls die Planungen auf eine Unterstützung aus diesem Topf abzustimmen beziehungsweise anzupassen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.12 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Ich möchte gerne auch noch etwas dazu sagen, weil das wirklich ein zentrales und ganz wichtiges Projekt ist, und wann immer wir im KinderParlament oder Kinder hier im Rathaus begrüßen dürfen, auch bei der Wahl der Kandidat:innen zum KinderParlament, war die Qualität des Essens in den Schulen und Horten und Kindergärten immer ein Thema und ein ganz großer Wunsch. Und deswegen freue ich mich auch sehr, dass wir mit einer neuen Küche in Zukunft dem nachkommen in der Qualität. Ich will nicht sagen, dass die Qualität jetzt schlecht ist, aber natürlich sind die

Voraussetzungen in so einer neuen Küche noch viel bessere, auch im Zusammenhang mit der schon erwähnten Regionalität, mit dem, dass man sozusagen die Landwirtschaft rundherum auch mitdenkt. Und viele Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt werden davon profitieren und viele andere auch. Was ich auch betonen möchte, und jetzt ist der Stadtbaudirektor draußen, der gerade bisher da, dass das ein gemeinsames Projekt ist und dass das quasi auch über die Stadtbaudirektion, über den Wettbewerb auch garantiert ist, dass wir, wie bei allen öffentlichen Gebäuden, vor allem auch den Schulen, die die Stadt Graz gebaut hat, wir auch hier für Qualität sorgen werden, für Nachhaltigkeit in den Materialien und für ein gutes Projekt, das hier entsteht. Und was den Verkehr anbelangt, das wird natürlich angesehen und wir werden das berücksichtigen und genau schauen, dass hier alle möglichen Auswirkungen, die die Küche dann hat, berücksichtigt werden in Verkehrslösungen. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.14 Uhr).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Vieles Positives, vieles Richtiges ist bereits über, mittlerweile muss man sagen, die Institution Küche Graz, gesagt worden. Aufgrund der neuen Anforderungen ist es mit Sicherheit auch vernünftig, dass sie umgebaut, also in dem Sinn neuerrichtet, vergrößert, von den logistischen Voraussetzungen her verbessert wird, und in dem Sinn eine wirkliche Neuaufstellung von dem ganzen Projekt auch stattfindet. Zwei Aspekte waren uns wichtig, das war heute auch schon Thema im Finanzausschuss, einerseits, und das ist schon zugesichert worden, das ist positiv, dass sowohl die Baudirektion als auch die Immobilienabteilung der Stadt Graz voll eingebunden sind in das Projekt, und das Zweite ist noch in dem Sinn für die Zukunft bestehend. Fakt ist aber, dass oft Projekte, die von Architekten entworfen werden, sehr, sehr schön ausschauen und dementsprechend pompös auch

sind, aber oft mit den Menschen, die wirklich hier jetzt tagtäglich damit zu tun haben müssen, wenig zu tun haben. Also die Einbindung von dem Küchenchef abwärts, sage ich einmal grob, wirklich von den Menschen, die tagtäglich in dem ganzen arbeiten können, dürfen, wollen, müssen, wie auch immer man das interpretiert, dass diese Personengruppe auch miteingebunden wird, ist mir sehr, sehr wichtig. Weil im Endeffekt sind das die Personen, die tagtäglich dann damit zu tun haben werden. Sofern dieser Aspekt auch verwirklicht wird, und um es der Vorsitzführung jetzt dann wieder bei der Abstimmung zu erleichtern, wir werden zustimmen (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Da ich jetzt auch angesprochen worden bin vom Kollegen Piffli-Percevic. Ich denke, das ist wirklich super, dass das in Angriff genommen wird, dieses Projekt. Das war bei dieser Enquete eben auch ein großes Thema und ein Wunsch, dass hier Verbesserungen stattfinden. Die Frau Bürgermeisterin hat auch das Thema Nachhaltigkeit angesprochen, ich glaube, das ist uns allen sehr wichtig. Und hier entstehen einfach neue Möglichkeiten, gerade was auch eine gesunde und frische Küche betrifft. Da habe ich auch nachgefragt, da braucht man einfach Platz dann auch, wenn man Gemüse zum Beispiel frisch verarbeiten will, das war ja zum Teil das Problem, dass das jetzt bisher nicht so gegeben war. Und ich glaube, es ist auch wirklich geschickt, dass für mehr zu nutzen, als jetzt quasi die Küche, also diese Idee mit dem Food Hub, auch als Drehscheibe für regionale Lebensmittel, also, dass man hier das Ganze weiterdenkt und dann eben nicht nur im Sinne dieses einen Standortes, sondern eben auch gut einbettet in die Lebensmittelstrategie. Da ist ja auch schon ein bisschen was weitergegangen, ich glaube, Herr Stadtrat Riegler, das Konzept liegt bei Ihnen zurzeit. Ich denke, hier wird es dann auch zeitnah die nächsten Schritte geben, und ich freue mich, wenn das dann auch ein Puzzlestein, ein großer und wichtiger Puzzlestein wird, also das läuft ja sehr gut zusammen, wenn das dann in Kürze errichtet wird. Von dem her werden wir natürlich zustimmen und auch den Zusatzantrag der ÖVP unterstützen. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Zuerst einmal ganz herzlichen Dank für alle positiven Wortmeldungen. Aber ich muss nur noch einmal, weil das einfach ganz wichtig ist, dass das ja nie vergessen wird, auch bisher haben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Chef der Küche Graz immer geschaut, regionale Produkte weitestgehend zu verwenden, auch saisonale Produkte und auch Bio-Produkte. Das ist ganz, ganz wichtig, weil natürlich das Thema ja nicht zum ersten Mal hier war und immer wieder auch eingeflossen ist. Aber, und da muss man das auch einfach nüchtern, und da bin ich durchaus beim Herrn Gemeinderat Winter, und das erwähne ich auch immer, wir reden hier nicht von einer Großfamilie, und da ist es schon schwer, der oder die, die kocht, sie werden da die Geschmäcker nie für alle treffen. Das muss man einfach nüchtern herunterbrechen. Zu glauben, dass man, wenn man täglich tausende Essensportionen ausgibt, immer auch sozusagen den Geschmack aller Kinder immer mit dem Essen richtig trifft, das ist denkunmöglich, das gelingt nicht einmal eine Familie selbst. Aber das würde ich jetzt einfach aus der Logik heraus sagen. Und selbstverständlich, Herr Gemeinderat Winter, und alle die auch dabei waren, weil das war eine große Runde damals, das Allerwichtigste ist natürlich, und wir reden hier ja auch von verbesserten Arbeitsbedingungen in erster Linie künftig von den Kolleginnen und Kollegen dort, das sind die ersten die gefragt werden. Das heißt, das, was drinnen passiert, die ganze Küchenlogistik, das ist das Aller-, Allerwichtigste damit so eine Großküche überhaupt reibungslos funktionieren kann. Wer kann das am besten beurteilen? Die, die dort tagtäglich arbeiten. Logisch. Das passiert aber auch, das ist auch bei den letzten Treffen genau so auch gesagt worden, und da wissen wir aus der Erfahrung heraus, dass das auch passiert, auf das achten wir auch gemeinsam. Und eines möchte ich aber auch nur zur Information geben, weil ich glaube, das ist ganz wichtig, falls Sie gefragt werden, ich habe das auch schon im Sozialausschuss gesagt, es gibt ein klares Bekenntnis, dann, wenn es soweit ist, dass wir 2025 den Standortwechsel übernehmen können, das ist ja fein, dass bis zuletzt dort am Standort selbst weitergekocht werden kann und dann reibungslos das dort weitergeführt werden kann, dass wir dieses Areal in der Kettengasse Ecke Körösisstraße natürlich im städtischen Besitz belassen und nicht

veräußern werden. Das möchte ich hier einfach auch festhalten. Danke noch einmal für alle, die hier signalisiert haben, dem natürlich zuzustimmen (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Lohr) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir kommen nun noch zum letzten Tagesordnungspunkt in der öffentlichen Sitzung und ich möchte auch erwähnen, dass wir wieder live dabei sind, also die Gäste uns wieder zuhören können und zusehen können. Tagesordnungspunkt 15, Berichterstatter ist Herr Gemeinderat Pointner, Stadtrechnungshofbericht, Zustand Haus Graz, Beteiligungen.

Berichterstatter: GR Mag. Pointner

7.14 Stk. 15) StRH-144410/2022

Kontrollbericht des StRH: „Zustand des Hauses Graz, Teile 1 bis 4“

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher:innen an den Endgeräten, die nun wieder die Möglichkeit haben, teilzunehmen und das hoffentlich auch tun. Ich berichte über einen Kontrollbericht des Stadtrechnungshofes, und der hat episches Ausmaß. Er ist sehr

groß, er ist zweiteilig, er behandelt den Zustand des Hauses Graz. Heute berichtet, der Bereich Beteiligungen, Eigenbetriebe, dann in weiterer Folge, liegt auch schon vor, Magistrat. Episch wie eine Ilias oder Odyssee oder vielleicht auch wie das Neue oder Alte Testament, heute beschäftigen wir uns mehr mit dem Neuen, nämlich mit den Beteiligungen, weil dieses Modell gibt es ja nicht so lange wie den Magistrat, der erst später kommen wird in der Berichterstattung. Und worum geht es bei dem Ganzen? Der Bericht soll die Grundlage sein für eine gute Steuerung des Hauses Graz, das steht ganz oben. In einer Situation der knappen Kassen erfordert Steuerung besondere Vorsicht und faktisch belastbare Grundlagen. Die Steuerungsrichtlinie von 2010 sieht uns Gemeinderät:innen als oberstes Organ vor, wir brauchen Fakten. Das heißt, wir brauchen in den Beteiligungen ein gutes Controlling, das Fakten gewährleistet und dann auch hinaus ein gutes Reporting, damit wir steuern können beziehungsweise steuernde Maßnahmen, die wir setzen als Gemeinderät:innen, evaluieren können, ob wir in die richtige Richtung gehen, denn, ich komme wieder zurück, wir wissen mittlerweile alle, die Kassen sind knapp. Und daher müssen wir uns auch immer dieser viel geschworenen Aufgabenkritik stellen. Was bietet uns jetzt der Bericht Zustand des Hauses Graz des Stadtrechnungshofes? Für den ich mich ausdrücklich bedanken möchte, im Namen, ich hoffe, von uns allen Gemeinderät:innen, denn es war eine riesige Leistung der Mitarbeiter:innen und des gesamten Stadtrechnungshofes, diesen Bericht und auch den Bericht zum Zustand Haus Graz, Magistrat, zu erstellen, in einer Zeit der Personalknappheit und uns hiermit eine Grundlage zu bieten, wie wir weiter unsere Entscheidungen ausrichten wollen. Es wird in dem Kontrollbericht ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Gebarung der verbundenen Beteiligungen und Eigenbetriebe geboten, und das sind die Organisation, wo die Stadt zumindest einen Anteil von 50 % hält. Wir können lesen, wirtschaftliche Kennzahlen, Aktivitäts- und Aufgabenfelder, dargestellt von 2010 bis 2021, und weitere herausragende, schon leicht analysierte Fakten. Das heißt, wir können evaluieren, wie haben die Beteiligungen gearbeitet? Wie stellen sich die Organisationen dar? Wir sehen, Ergebnishaushalt, jährlich abgebildet, wir können Kurven lesen, wir können sehen, was machen die Aufgaben, wir sehen die Tätigkeitsfelder. Das heißt, folgende Konklusion

jetzt auch des Stadtrechnungshofes: Was brauchen wir? Da die meisten Beteiligungen Zuschüsse benötigen, um Tätigkeiten entfalten zu können, ist es sehr wichtig, die Tätigkeiten zu spezifizieren und zu steuern. Das heißt, wir haben einen Aufruf an die Finanz- und Vermögensdirektion zu einem sehr guten Reporting. Wir müssen uns der Aufgabenkritik stellen, und das sind zunächst einmal die Stadtregierungsmitglieder, hier bei diesem Bericht der Beteiligungsstadtrat, der in die Betriebe, in die Beteiligungen hineinhorchen muss, sich ein Reporting geben lassen muss: Was brauchen noch, was ist neu zu betrachten nach so langer Zeit und in der Zeit knapper Kassen, und dann natürlich auf Grundlage dieses Berichtes die Aufforderung an uns Gemeinderät:innen, diesen Bericht wirklich zu verwenden, zu studieren und als Grundlage zu nehmen für unsere künftigen Entscheidungen. Daher stelle ich den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis. Die Stellungnahme des Kontrollausschusses liegt als Anlage bei, ich lese sie jetzt nicht vor. Ich bitte um breitestmögliche Annahme und bedanke mich nochmals ganz ausdrücklich beim Stadtrechnungshof für diese Arbeit, die uns eine gute Grundlage für Entscheidungen bietet (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ende Tagesordnung: 15.25 Uhr.